



FUNDACJA WSPÓLPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

SANDDORF
STIFTUNG

STADT
REGENSBURG

Der Archivkurs des Sommersemesters 2014

Deutsche Wirtschafts- und Sozialordnung
im Baltikum. Die Quellen zur hanseatischen
Geschichte im heutigen Polen (12.-17. Jh.)



Universität Regensburg
FAKULTÄT FÜR PHILOSOPHIE,
KUNST-, GESCHICHTS- UND
GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN



Der Archivkurs des Sommersemesters 2014

Deutsche Wirtschafts- und Sozialordnung im Baltikum. Die Quellen
zur hanseatischen Geschichte im heutigen Polen (12.-17. Jh.)

bearbeitet
von Raffael Parzefall und Roman Smolorz

mit Beiträgen
von

Izabela Błaszczyk, Manuela Daschner, Bernhard Fuchs, Tobias Graef,
Martina Grüner, Robert Kędzierski, Kathrin Pindl, Sebastian Pößniker,
Simon Reischmann, Heinrich Wanderwitz, Quirin Würfl und
Konrad Zrenner

**FAKULTÄT FÜR PHILOSOPHIE,
KUNST-, GESCHICHTS- UND
GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN**

Regensburg 2014

Vorwort

Dr. Roman Smolorz, Dr. Heinrich Wanderwitz

Der Archivkurs, wie dieser zum dritten Mal am Institut für Geschichte an der Universität Regensburg in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Regensburg veranstaltet wurde, schließt eine Arbeitsphase ab, an welcher sich zumeist erfahrene studentische Hilfskräfte aus dem Umkreis der Staatlichen Bibliothek Regensburg, des Stadtarchivs Regensburg, des Fürst Thurn und Taxis Zentralarchivs und des Archivs der Katharinenspitalstiftung zwischen 2011 und 2014 beteiligten.

Während des aktuellen Kurses 2014 mit einer Vorbereitung im Stadtarchiv Regensburg und im Familien- und Herrschaftsarchiv des Grafen von Seinsheim in Sünching sowie mit einer Exkursion in die Archive in Danzig und Elbing wurde der Schwerpunkt um einen bisher vernachlässigten Inhaltspunkt erweitert, nämlich die Grundlagen und Rahmenbedingungen für Praktika deutscher Studierender in ausländischen Archiven auszuloten, in welchen Archivgut deutscher Provenienz aufbewahrt wird; dies ist aus historischen Gründen meist in Ostmitteleuropa der Fall, ein allgemein einleuchtender Umstand.

Das Ziel aller bisherigen Archivkurse wurde in der Verknüpfung anwendungsorientierter Wissenschaftspraxis mit der universitären Lehre gesehen; den theoretischen Kenntnissen in der Archivkunde und den Historischen Hilfswissenschaften setze man fachlich fundierte Praxis gegenüber.

Der diesjährige Kurs diene nicht zuletzt einer ersten summarischen Betrachtung des bisherigen Übungsaufbaus zumal vonseiten der Dozenten, gleichwohl unter regem Beitrag der Teilnehmer, von welchen sich mancher am ersten oder am zweiten Kurs als Student im Magister-, Master- oder Lehramtsstudium beteiligte, nun am dritten Archivkurs zur internen Evaluierung als Doktorand oder als angehender Lehrer mit eigenen Erfahrungen und Anmerkungen aus Studium und Praxis beitrug.

Mit dem „Archivkurs“ wurde einer kleinen aber herausragenden Gruppe von Regensburger Studentinnen und Studenten ein Instrumentarium in die Hand gelegt, sich gründlicher auf die Herausforderungen im Beruf als Historiker, Archivar, Bibliothekar und auch als Geschichtslehrer in weiteren selbst organisierten Praktika vorzubereiten; es ging immer um Inhalte, die im Studium ohne eine praktische Komponente nicht erworben werden können.

Ferner wurde der Blick auf Archivgut deutscher Provenienz im heutigen Polen und auf die deutsche Geschichte in Ostmitteleuropa allgemein geschärft und die Kontakte zu Fachkollegen speziell in diesem Land geknüpft. Das Land und seine Kultur wurde zudem jenen Geschichtsstudierenden gezeigt bzw. vermittelt, die keinen Osteuropaschwerpunkt in ihrem Studium verfolgen, ist doch etwa die Kenntnis osteuropäischer Sprachen etwa für die Lektüre deutschsprachiger Archivalien zum Beispiel in Polen irrelevant, die deutsche Paläographie allerdings die erste Voraussetzung.

In diesem Heft stellen die Übungsteilnehmer im ersten Teil die besuchten Archive vor: das Familien- und Herrschaftsarchiv in Sünching, das Staatsarchiv Danzig und Elbing, letzteres mit Sitz auf der Marienburg, ferner das Erzbischöfliche Archiv in Danzig-Oliva sowie das Archiv des Instituts für Nationales Gedenken in Danzig. Im zweiten Teil geben die Teilnehmer Bericht über ihre Bemühungen um das Thema der Übung: „Deutsche Wirtschafts- und Sozialordnung im Baltikum. Die Quellen zur hanseatischen Geschichte im heutigen Polen“. Das beigefügte Bildmaterial dient nicht alleine der Ästhetik, sondern ist als eine sinnvolle Informationsergänzung zu den gelieferten Texten zu verstehen.

Die aus den Archivkursen hervorgegangene informelle Arbeitsgruppe von Dozierenden und Studierenden wird bis Ende 2014 an einem endgültigen Format eines Archivkurses arbeiten, das hoffentlich in Zukunft in der Praxis weiteren Kommilitoninnen und Kommilitonen zugutekommen wird; neue daraus resultierende Initiativen liegen nun bei den bisherigen Archivkursteilnehmern.

Der Sanddorf-Stiftung Regensburg, der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit in Warschau/Berlin sowie der Stadt Regensburg danken wir aufrichtig für die Förderung des diesjährigen Archivkurses.

Inhalt

Vorwort

Roman Smolorz, Heinrich Wanderwitz

Einführung

Manuela Daschner, Martina Grüner, Raffael Parzefall

Archiv und Archivarbeit - brauchbare Ergänzung im Geschichtsstudium?

Kathrin Pindl

Das Grafen von Seinsheim Familien- und Herrschaftsarchiv im Schloss Sünching als Beispiel eines adeligen Privatarchivs

Izabela Błaszczuk, Robert Kędziński

Staatsarchiv Danzig

Bernhard Fuchs

Archiv des Instituts des Nationalen Gedenkens in Danzig

Raffael Parzefall, Konrad Zrenner

Das Staatsarchiv Elbing als Forschungseinrichtung für Historiker, Museologen und Kulturwissenschaftler

Tobias Graef, Sebastian Pößniker

Diözesanarchiv Danzig

Simon Reischmann, Martina Grüner

Danzig und die Hanse (12.–17. Jh.) mit einem Blick auf den Forschungsstand

Izabela Błaszczuk, Robert Kędziński

Danzig und die Hanse, ein historischer Blick auf eine alte Beziehung

Tobias Graef, Sebastian Pößniker

Der letzte Hansetag von 1669 und die Rolle der Stadt Danzig

Simon Reischmann, Konrad Zrenner

Die Hanse und der Deutsche Orden

Bernhard Fuchs, Kathrin Pindl

Das Kulturprogramm

Roman Smolorz

Autoren

Programm des Archivkurses

Schlusswort

Roman Smolorz, Heinrich Wanderwitz

Einführung

Manuela Daschner, Martina Grüner, Raffael Parzefall

Die Übung „Deutsche Wirtschafts- und Sozialordnung im Baltikum: Die Quellen zur hanseatischen Geschichte im heutigen Polen (12.-17. Jh.)“ knüpft an die beiden bereits eingangs erwähnten Veranstaltungen an und stellt abermals die archivalischen Quellen in den Vordergrund.

Ausgehend von der Definition von „Archivalien“ als das an ein Archiv abgegebene Schriftgut von Behörden, kirchlichen Einrichtungen oder sonstigen Institutionen, wie Vereinen, Universitäten oder Verbänden, welches diese für ihre tägliche Verwaltungsarbeit nicht mehr benötigen, kann eine Ordnung im Anschluss an die Registratur im jeweiligen Archiv vorgenommen werden. Die methodische Trennung des Verwaltungsschriftguts nach Behörden oder Institutionen wird im Archiv bis heute strikt vollzogen und die Archivalien seit dem 19. Jahrhundert nach dem Provenienzprinzip gesichtet, geordnet und verzeichnet. Das Ordnungsprinzip basiert auf der Herkunft des Archivguts und spiegelt somit auch die historischen und verwaltungstechnischen Zusammenhänge zwischen den einzelnen Beständen wider. Mit „Quellen“ werden vor allem Texte, aber auch Gegenstände, Tondokumente, Fotografien usw., bezeichnet, also jegliche Überlieferung, durch die man Aussagen über die Vergangenheit treffen kann. Im Kontext der Übung wurde die Auswahl der Quellen jedoch insofern eingeschränkt, dass sie Informationen zur deutschen Wirtschafts- und Sozialordnung respektive zur Hanse im heutigen Polen beinhalten. Dies bedeutet, dass für diesen Kurs diejenigen Bestände von Interesse waren, die in deutscher Sprache oder über die deutsche/deutschsprachige Bevölkerung der Hansestädte verfasst wurden und sich heute in den polnischen Archiven befinden. Eine Konkretisierung des Themas betrifft neben der archivalischen Komponente in Form der Überlieferung auch die inhaltliche: Es wurde insofern eine weitere Einschränkung vorgenommen, als dass diese Quellen deutscher Provenienz primär Informationen zur hanseatischen Geschichte beinhalten sollten.

Die Geschichte der Hanse und ihrer ehemaligen Städte im heutigen Polen ist vielschichtig und für das Verständnis dieses historischen Raums unerlässlich. Es bieten sich viele Anknüpfungspunkte, die wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten der Hanse zu erforschen. Der Schwerpunkt des Kurses liegt freilich auf dem Zugang zu Archiven und ihren Beständen. In Polen gibt es eine Vielzahl von Institutionen, zu deren primären Aufgaben die systematische Aufbewahrung, die Bereitstellung und

die angemessene Erhaltung von „Quellen deutscher Provenienz“ zählen. Diese systematische Archivierung von primär schriftlichen Quellen, die in dieser Übung den zentralen Inhalt darstellen sollten, bildet die adäquate Basis für eine quellenorientierte und archivkundliche Übung.



Vorbereitende Sitzung im Stadtarchiv Regensburg



Direkter Einblick in die städtische Archivüberlieferung

Dr. Roman Smolorz und Dr. Heinrich Wanderwitz erläuterten in zwei Sitzungen der quellenorientierten Übung, die im Stadtarchiv Regensburg stattfand, den hierarchischen Aufbau sowohl der bundesrepublikanischen und der bayerischen Archivlandschaft sowie die Gesetzeslage der Institution „Archiv“ am Beispiel des Stadtarchivs Regensburg und des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, als auch die polnische Archivlandschaft und die rechtliche Situation in Polen. Dr. Wanderwitz führte die wichtigsten archivkundlichen Begriffe ein, gab Einblick in den Beruf des Archivars und erörterte die alltägliche Arbeit mit Archivalien wie Urkunden und Akten anhand der Bestände. Um die „archivalischen Ressourcen“ deutscher Provenienz auch in Polen finden und nutzen zu können, informierte Dr. Smolorz über die Online-Datenbanken der Generaldirektion der Polnischen Archive. Die Generaldirektion der Staatsarchive (Naczelną Dyrekcją Archiwów Państwowych) in Warschau regelt zentral die systematische Archivierung in den polnischen Staatsarchiven sowie deren Organisation. Im Gegensatz zu den Staatsarchiven in Deutschland gibt es in Polen keine Differenzierung zwischen den einzelnen Archiven, vielmehr findet sich flächendeckend die Unterscheidung „Alte Akten“ und „Neue Akten“. Dr. Smolorz stellte in diesem Kontext die Archive vor, die in Danzig besucht werden sollten, indem er deren institutionelle Anbindung und

die verschiedenen Aufgabenbereiche erläuterte. Eine erkenntnisreiche Führung im Familien- und Herrschaftsarchiv der Grafen von Seinsheim in Sünching durch dessen Leiter, Reinhard Huber, rundete die Einführung in die osteuropäische und deutsche respektive bayerische Archivlandschaft ab, handelt es sich doch hierbei um ein typisches Privatarchiv, in dem sich auch die familiären Verbindungen nach Böhmen und Bayern widerspiegeln. Abschließend ist festzuhalten, dass diese quellenorientierte Übung die Institution „Archiv“ im deutschen und europäischen Kontext beleuchtet und den Studentinnen und Studenten einen Einblick in diese Thematik sowohl im praktischen als auch im hilfswissenschaftlichen Sinne anhand der Quellen deutscher Provenienz zur Sozialgeschichte in Ostmitteleuropa ermöglicht hat.

Archiv und Archivarbeit - brauchbare Ergänzung im Geschichtsstudium?

Kathrin Pindl

Zu den nachhaltigsten Erinnerungen ans erste Semester meines Geschichtsstudiums gehört für mich die Konfrontation mit einer Originalquelle im Rahmen einer Übungsexkursion. Der Leiter eines Regensburger Archivs zeigte unserer Gruppe einige Beispielurkunden aus dem Magazin. Unter anderem lag ein kursiv mit brauner Tinte beschriebenes, mehrfach gefaltetes Stück Pergament vor uns im Lesesaal. Dieses unscheinbare Quadrat aus gegerbtem Ziegenleder, vor annähernd 900 Jahren auf Latein beschriftet und mit einem Siegel aus Bienenwachs versehen, sollte nun quasi unmittelbar Informationen zur mittelalterlichen Stadtgesellschaft liefern? Faszinierend. Zahlreiche Fragen an das Dokument drängten sich auf. Deren Beantwortung blieb jedoch den Erläuterungen des Archivars überlassen. Als Studienanfänger konnten wir allenfalls einzelne Wörter der ungewohnten Schrift entziffern.

Wir standen damit zum ersten Mal vor dem Problem, methodische und handwerkliche Fähigkeiten zur Quellenauswertung konkret anzuwenden. Kenntnisse in Grundwissenschaften wie der Paläographie, d.h. der „Lehre von den alten Schriften“, sind für Quellenkritik und Interpretation unabdingbare Voraussetzung, im Universitätsalltag jedoch schwer zu erlernen.

Gerade deshalb weckte der erste Besuch im Archiv meine Neugier auf das wissenschaftliche Arbeiten mit schriftlicher Überlieferung. Bald darauf bot sich mir die Gelegenheit, als studentische und später wissenschaftliche Hilfskraft im Regensburger Spitalarchiv tätig zu werden, wo ich parallel zum Studium wertvolle Einblicke in den Archivalltag gewann und über die Zusammenarbeit mit dem International Center for Archival Research auch andere Archive im europäischen Raum kennen lernte, u.a. in Zagreb, Dublin, Madrid und Kopenhagen.

Vertieft und ergänzt wurde diese berufspraktische Erfahrung durch meine Teilnahme am Archivkurs, der zum ersten Mal im Jahr 2011 am Institut für Geschichte an der Universität Regensburg organisiert wurde. Der Kurs richtete sich sowohl an Studierende ohne Vorkenntnisse als auch an solche, die wie ich bereits in einem Archiv

mitgearbeitet hatten. Allen gleichermaßen wurden die Grundlagen des Archivwesens auf anwendungsorientierte Weise bei Exkursionen in deutsche und polnische Archive nähergebracht.

Wenig überraschend eigneten sich diese gebündelten Lehreinheiten besser als das klassische Format einer wöchentlich zweistündigen Lehrveranstaltung, um den TeilnehmerInnen die allfällige Schwellenangst vor der Grundlagenforschung mit noch nicht edierten Archivquellen zu nehmen. Anschaulich vermittelte der Kurs einen Überblick zum europäischen Archivwesen in seiner modernen Form. Unsere Exkursion nach Breslau verdeutlichte strukturelle Gemeinsamkeiten im Hinblick auf die Archivtektonik genauso wie Unterschiede und Besonderheiten vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung.

Unterstrichen wurde im Archivkurs vor allem die Bedeutung des freien öffentlichen Zugangs zu Archiven zum Zweck von Lehre und Forschung. Daher ist den TeilnehmerInnen des Archivkurses weitaus stärker als den durchschnittlichen Geschichtsstudierenden bewusst, dass der Weg in die Archive bereits für Seminar- und Abschlussarbeiten offen steht. Anders als viele Fortgeschrittene sind sie von Anfang an auch für juristische Aspekte der Archivrecherche sensibilisiert, denn man wurde eingehend auf rechtliche Grundsatzfragen der Archivbenutzung, wie das Problem gewisser Sperrfristen, vorbereitet.

Die grundlegenden Arbeitstechniken im Archiv wurden im Kurs von ausgebildetem Fachpersonal vorgestellt. Damit offerierte der Kurs den TeilnehmerInnen fundierte Berufsfeldorientierung jenseits von Universität und Schule. Der praktischen Unterweisung am konkreten Objekt ist es auch zu verdanken, dass Studierende mit und ohne Vorerfahrung nach Absolvierung des Kurses mit Repertorien umgehen und sich belastbare hilfswissenschaftliche Kompetenzen in Bereichen wie der Paläographie, der historischen Geographie, der Diplomatik, Sphragistik und mehr aneignen konnten.

Die internationale Ausrichtung des Archivkurses vermittelte darüber hinaus ein Bewusstsein für das gemeinsame kulturelle Erbe in Europa. Den Austausch mit den polnischen GastgeberInnen sowie mit den Dozenten und KommilitonInnen aus dem Kurs habe ich als Bereicherung empfunden.

Nach dem Archivkurs 2011, den ich noch als BA-Studentin besucht habe, war für mich klar, dass meine Abschlussarbeiten in jedem Fall unter Verwendung archivalischer Quellen entstehen sollten. Nach Möglichkeit wollte ich das empirische Arbeiten zu sozioökonomischen Fragestellungen nach dem Masterabschluss im Herbst 2013 fortsetzen. Seit Oktober letzten Jahres bin ich nun als Mitarbeiterin am Lehr-

stuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Regensburg beschäftigt. Zu meinen Aufgaben als Doktorandin gehört dabei auch die Mitwirkung an der Lehre. Konsequenterweise führte die erste von mir selbst organisierte Exkursion im Sommersemester 2014 in ein Archiv. Jetzt konnte ich aus Sicht der Dozentin beobachten, welche Faszination die Begegnung mit Originalquellen bei Studierenden der Geschichtswissenschaft auslöst. Rückblickend auf meinen bisherigen Weg kann ich sagen, dass dieser Effekt im Hinblick auf die Motivation zum quellenorientierten wissenschaftlichen Arbeiten kaum zu überschätzen ist. Darum hoffe ich, dass interessierte Studierende auch in Zukunft vom Archivkurs, der in vielfältiger Hinsicht institutionelle Grenzen überwindet, profitieren können.

Teil "Archive"



Das Grafen von Seinsheim Familien- und Herrschaftsarchiv im Schloss Sünching als Beispiel eines adeligen Privatarchivs

Izabela Błaszczuk, Robert Kędziński

Unter der Fachaufsicht der Generaldirektion der Bayerischen Staatsarchive stehen Staats-, Kommunal-, Kirchen-, Parlament-, Parteien-, Verbände-, Wirtschafts-, Medien-, Hochschul-, Wissenschafts- und eben auch Privatarchive. Hierzu gehört auch das Grafen von Seinsheim Familien- und Herrschaftsarchiv im Schloss Sünching, das im Rahmen des Archivkurses am Institut für Geschichte an der Universität Regensburg im Sommersemester 2014 besucht wurde.

Nach einer kurzen Begrüßung durch Archiveigentümer Johann Carl Freiherr von Hoening O'Carroll besichtigte die Gruppe das Archiv und die Übungsteilnehmer sprachen mit dem Schlossarchivar Reinhard Huber. Auf dessen Auskünften gründet der folgende Bericht.

Ein Adelsarchiv hat grundsätzlich das Recht auf Eigentum, das Recht auf Kulturschutz und das Recht auf Beratung durch die staatlichen Archive, welche den Auftrag der Archivpflege für dieselben haben. Adelsarchive als Privatarchive stehen daher unter staatlicher Kontrolle. So dürfen sie beispielsweise ohne Zustimmung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs in München nicht verkauft werden; auch nicht Teile davon. Die Regelungen basieren auf dem Bayerischen Archivgesetz.

Das Grafen von Seinsheim Familien- und Herrschaftsarchiv Sünching, eines der letzten wenigen Privatarchive in Bayern, umfasst einen Akten-, Urkunden- und Amtsbücherbestand von etwa 240 laufenden Regalmetern für den Zeitraum vom 14. bis Anfang 20. Jahrhundert. Das vorhandene Archivgut ist gegliedert nach der Geschichte der Adelsfamilie von Seinsheim und einzelner Personen, beginnend 1554 bei Georg Ludwig und endend bei Carl von Seinsheim im Jahr 1910. Dazu sind vorhanden Familienbriefe (1638–1906) und politische Korrespondenzen (1700–1818), darunter von Fürstbischof Adam Friedrich von Bamberg-Würzburg und von den kurbayerischen Diplomaten Max Franz (1681–1737) und Joseph Franz von Seinsheim (1707–1787). Andere Teile des Archivs bilden Vermögens- und Besitzangelegenheiten mit Haus- und Kammerrechnungen (etwa 1570 bis 1855), die Gerichts- und Grundherrschaft in der Herrschaft Sünching einschließlich dem Ort Grafentraubach und der Hofmark

Schönach mit Stiftbüchern, Verhör- und Briefprotokollen für die Jahre 1560 bis 1857.

Ferner befinden sich im Archiv Bestände zu den früheren Seinsheim'schen Besitzungen in Franken, dem früheren Besitz Grünach mit Taufkirchen sowie zu Geschichte und Besitzungen anderer Adelsfamilien.



KursteilnehmerInnen vor Schloss Sünching



Die KursteilnehmerInnen auf dem Weg ins Schlossarchiv

Vorhanden ist außerdem ein umfangreicher Bestand an Akten und Rechnungsbüchern zu den Wirtschaftsbetrieben beim Besitz Sünching wie Schlossbrauerei, Ökonomie, Schlossgärtnerei, Forst- und Jagdwesen und andere, zu Kirchenangelegenheiten allgemein (ab 1400, mit großen zeitlichen Lücken) und Kirchenangelegenheiten der einzelnen, ehemals zur Herrschaft Sünching gehörigen Ortschaften von 1649 bis 1819.

Bemerkenswert ist dabei nicht nur die Fülle des Gesamtbestandes mit weit über sechstausend Faszikeln, sondern dass fast alle allgemeinen Dokumente wie Lehenbriefe, alte Verträge der Familien von Seinsheim und Hoening O'Carroll im Archiv vorhanden sind. Im Normalfall gingen beim Verkauf von Besitztümern derartige Belege an den Käufer über. Dazu befindet sich ein kleiner Bestand an Archivalien unbekannter Provenienz im Grafen von Seinsheim Archiv.

Zahlreiche bestandsmäßige und zeitliche Lücken konnten in den Jahren 1998 bis 2007 bei einer Neusichtung und Neuordnung des Archivs, die auf Anregung der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns erfolgten, geschlossen werden. Bei der Revision der Bestände wurden viele bisher nicht verzeichnete Schriftstücke, Akten und Amtsbücher aufgefunden und richtig zugeordnet. Zudem konnten dabei beispielsweise zahlreiche Gemeinderechnungen, Kirchenrechnungen, Rechnungsbücher, Verhör- und Briefprotokolle korrekt bestimmt werden. Unter der Vielzahl der bis dato nicht aufgeführten Dokumente befanden sich zudem zahlreiche Pergamenturkunden, der Beleg für ein in der Herrschaft Sünching vollstrecktes Todesurteil und

die verloren geglaubte geschichtliche Aufzeichnung einer Fehde mit Massaker bei Jochsberg und Rothenburg ob der Tauber im Städtekrieg 1389.

In der Zeit von 1994 bis 1996 wurde eine Neueinteilung des Archivs vorgenommen in Grafen von Seinsheim Familien- und Herrschaftsarchiv I und II. Das Ganze erfolgte aus Gründen der notwendigen Sichtung, Ordnung und Verzeichnung eines über die Jahrzehnte angefallenen größeren Bestandes jüngerer archivwürdiger Dokumente und eines nicht unerheblichen älteren Bestandes von Archivalien, der im Schloss oder andernorts neu aufgefunden wurde. Hier, im so genannten „Neuen Archiv“, ist u. a. alles aufbewahrt, was die Familien Hoening und O'Caroll betrifft. Die Einteilung in Archiv I und Archiv II erfolgte aus praktischen und betriebsinternen Gründen, da sich die beiden Teile des Archivs, obwohl sie sich chronologisch und thematisch teilweise überschneiden – die Familie Hoening O'Caroll ist die juristische und leibliche Nachfolge der Grafen von Seinsheim – aus Platzgründen in unterschiedlichen und voneinander relativ weit entfernten Räumen befinden.

Dieses „Neue Archiv“ umfasst einen Bestand von Akten-, Urkunden, Rechnungs- und Amtsbüchern sowie Briefe und anderes von etwa 25 laufenden Meter vom Ende des 18. bis Mitte des 20. Jahrhundert. Dabei ist zu bedenken, dass dennoch alle Neuzugänge noch nicht vollständig erfasst sind.



Familienurkunde, ausgestellt vom Königreich Bayern



Wachssiegel mit Metallkartusche

Abgesehen von der finanziellen Unterstützung für die Überarbeitung des Grafen von Seinsheim Archivs ab 1998 gibt es von Seiten des Bayerischen Staates keinerlei regelmäßigen Zuschüsse. Derzeit läuft aber ein Projektantrag, der vom Staatsarchiv Amberg und dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv München unterstützt wird. Die Kosten für die laufenden Tätigkeiten im Archiv wie Beratung, Betreuung von Benutzern, Beantwortung von wissenschaftlichen und anderen Anfragen, Bereitstellung von Material etc. trägt ausschließlich der Eigentümer Freiherr von Hoening O'Caroll.

Immer wieder bekommt das Archiv verschiedene Angebote aus der Privatwirtschaft oder von privaten Wirtschaftsarchiven bezüglich einer kostenlosen Übernahme von Beständen mit dem Argument der Betriebskostensparnis für den Eigentümer. Zudem kommen fast regelmäßig Anschreiben verschiedener Art, in welchen eine „kostenlose Digitalisierung“ des gesamten Archivs vorgeschlagen wird. Derartige Angebote werden höflich, aber bestimmt abgelehnt.

Die Bestände werden inzwischen nach und nach in einer einfachen Datenbank erfasst. Die gebräuchlichen, speziellen Archivprogramme sind für die Zwecke des Sünchinger Archivs zu kompliziert, zu umfangreich und zu teuer. Dazu bedurfte es eines Angestellten ausschließlich für die Datenbank. Bei Fragen zur Verwaltung der Datenbank beansprucht das Archiv hauptsächlich die Unterstützung einer Privatfirma in Sünching. Außerdem stehen für den Archivbetrieb Fachleute aller Art im Staatsarchiv Amberg, im Bayerischen Hauptstaatsarchiv München und – schon aus Gründen der räumlichen Nähe – die Amtsleitung und die Mitarbeiter des Stadtarchivs Regensburg beratend zur Seite.

Zu anderen Archiven werden keine Kontakte gepflegt. Geplant ist eine Zusammenarbeit mit dem Fürstlich von Thurn und Taxis'schen Zentralarchiv in Regensburg.

Die Benutzerordnung des Grafen von Seinsheim Archivs ist vom Stadtarchiv Regensburg übernommen mit einigen Änderungen wie z.B., dass sich der Eigentümer die Einsicht in bestimmte Faszikel, in der Regel familiäre, also private Archivalien vorbehalten. Aus Gründen der Ordnung und der Übersichtlichkeit können neuerdings von den Benutzern maximal drei Faszikel angefordert werden. Sind dieselben bearbeitet, gibt es drei weitere Faszikel.

Das Archiv wird unterschiedlich stark in Anspruch genommen. Es kommt vor, dass mehrere Benutzer gleichzeitig forschen wollen. Die Kapazität des Archivs ist allerdings bei drei Benutzern gleichzeitig vollständig ausgeschöpft. Die Dichte von Benutzerbesuchen variiert in meist schwer abschätzbaren Perioden. In der Regel forschen die Benutzer über einen längeren Zeitraum im Archiv.

Abschließend kann man festhalten, dass das Schlossarchiv Sünching für Studierende und Doktoranden der Geschichtswissenschaft eine Fülle von noch unbearbeiteten Themen bietet, die vor allem aus der Perspektive der Historischen Anthropologie oder Mikrogeschichte beschrieben werden könnten.

Insgesamt erfährt man, wie aufschlussreich für die Regionalgeschichte ein Herrschaftsarchiv ist; und auf lokalgeschichtlichen Untersuchungsebenen gründet doch häufig die Universalgeschichte. So ist der Besuch in Sünching jedem Studierenden und Doktoranden in Geschichtswissenschaft zu empfehlen.

Staatsarchiv Danzig

Bernhard Fuchs

Der erste Archivbesuch unserer Exkursion nach Danzig führte die Teilnehmer am 16. Juni ins Archiwum Państwowe w Gdańsku, das Danziger Staatsarchiv. Hier empfingen uns die Archivare Marcin Kurr und Janina Strehlau. Zunächst zeigten sie im Lesesaal des Archivs ausgewählte Stücke aus ihren Beständen, so einige Urkunden des Deutschen Ordens für Danzig und ein Privilegienbuch, in das Urkunden abschriftlich eingetragen wurden. Herausragend im Archiv ist der Bestand der Stadt Elbing (poln. Elbląg), der in der Präsentation mit einem der reich kolorierten Bürgerbücher der Stadt Elbing aus dem 15. Jahrhundert, als diese Stadt der Hanse angehörte, vertreten war. Auch durften Beispiele aus der Plansammlung nicht fehlen, wie eine Ansicht Elbings aus dem 17. Jahrhundert und ein Plan der Festungswerke Danzigs. Über den Rechtsstatus der Stadt in der Umbruchszeit zu Beginn des 19. Jahrhunderts gab die Urkunde der Erhebung Danzigs zur Republik, die von 1807 bis 1813 währte, mit der originalen Unterschrift Napoleons Auskunft.



Die Archivarin, Fr. Strehlau, präsentiert den Elbinger Bestand



Der neue Lesesaal des Staatsarchivs Danzig



Originalunterschrift von Napoleon Bonaparte

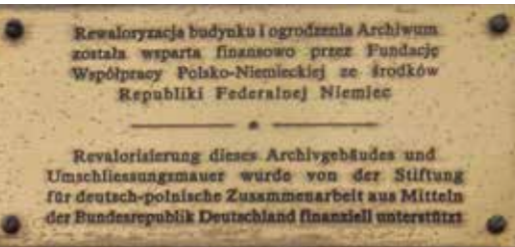
Inzwischen verfügt das Staatsarchiv in Danzig auch über die Kirchenbücher und Matrikeln, sowie die seit 1876 bestehenden standesamtlichen Personenstandsbücher in ihrem Sprengel. Dieser umfangreiche Bestand ist einer der meistfrequentierten im Archiv, nicht zuletzt durch zahlreiche deutsche Familienforscher, die nach ihren Ahnen recherchieren. Die Meldebögen der Stadt Danzig werden momentan in einem Digitalisierungsprojekt erfasst und im Internet zur Verfügung gestellt. Deutlich wurde bei der Vorstellung auch, dass von der Überlieferung vor 1945 etwa 95% in deutscher Sprache abgefasst ist. Nach der Präsentation durften wir einen Blick in das neue Magazin werfen. Circa 8.000 laufende Meter sind hier aufgestellt, weitere 4.000 Meter Aktenüberlieferung in einem Außendepot in Gdingen (poln. Gdynia). Dort sind zudem aus einem Wirtschaftsarchiv übernommene alte Fernsehgeräte verwahrt sowie eine Restaurations- und Konservierungswerkstatt untergebracht.

Das Staatsarchiv Danzig hat eine bewegte Geschichte. Es wurde erst 1901 gegründet und umfasste vor allem Archivalien der Stadt Danzig. Neben deren Archivgut erhielt das Archiv, das 1903 in ein eigenes Gebäude einzog, zahlreiche Dokumente aus dem bislang zuständigen Staatsarchiv Königsberg. So konnte eine verhältnismäßig komplette Zusammenführung aller Pomerellen betreffenden Archivalien seit der Piastzeit bis ins 19. Jahrhundert erreicht werden. Während der Zeit von 1920 bis 1939, als Danzig als Freie Stadt unter dem Schutz des Völkerbundes stand, war das Staatsarchiv für die Einrichtungen dieses Freistaates zuständig. Teilweise wurden Akten aber nach Berlin überführt. Kurz vor Kriegsende 1945 wurde der größte Teil des Archivs, darunter die 30.000 Urkunden, nach Westen ausgelagert und im Bergwerk Grasleben bei Helmstedt geborgen. 1947 erfolgte die Rückgabe der 126 Kisten und 3.917 Pakete an den nun zuständigen polnischen Staat. Zusätzlich fand im Sinne der Beständeberreinigung auch das erstrangige, ebenfalls nach Helmstedt gerettete, Elbinger Stadtarchiv mit 257 Kisten in Danzig eine neue Bleibe. Das nunmehr polnische Staatsarchiv wurde am 16. November 1945 neu geschaffen und ihm neben den Altbeständen die Woiwodschaft Danzig als territorialer Zuständigkeitsbereich zugewiesen. Die schwer zerstörten Gebäude des Archivs wurden wieder aufgebaut, die Bestände konnten an ihren alten Ort zurückkehren.

Im Jahr 2000 erschien in Zusammenarbeit zwischen dem Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte und der Generaldirektion der Staatlichen Archive Polens ein „Wegweiser durch die Bestände bis zum Jahr 1945“. Dieses umfangreiche Archivinventar, das als Übersetzung der polnischen Ausgabe von 1992 entstand, erfasst alle Bestände des Staatsarchivs mit Angaben zu Umfang, Laufzeit und kurzer Bestandsbeschreibung. Es bietet damit einen sehr guten Einstieg in die Tektonik und erlaubt so, detaillierte Anfragen an das Archiv zu stellen und ei-



Bestandeführer für das Staatsarchiv Danzig



Leistungen der deutsch-polnischen Kooperation mit Beteiligung der SDPZ/ FWPN seit 1991

nen Überblick zu gewinnen, welche Bestände für die eigene Fragestellung relevant sind. Ein Register, das beispielsweise auch aufzeigt, in welchen Beständen Archivalien zur Hansegeschichte zu finden sind, rundet den Band ab. Die gesamte Aktenüberlieferung lässt sich im Rahmen allgemeiner Datenbanken zu den Beständen in den polnischen Staatsarchiven „Sezam“ und

zu den jeweiligen Repertorien „IZA“ im Internet recherchieren. [<http://www.archiwa.gov.pl/pl/bazy-danych.html>]

Zur Frage nach Quellen zur hanseatischen Geschichte im Staatsarchiv sind mehrere Bestände einschlägig. Darunter zählen die Stadtbücher, die mehrere Hanseprivilegien enthalten und der über 18.000 Stücke umfassende Urkundenbestand der Stadt Danzig. Einen eigenen Bestand aus 245 Archivalieneinheiten bilden die Hanserezesse ab 1373 inklusive der Instruktionen für die Danziger Gesandten auf den Hansetagen. Auch das alte Archiv der Stadt Elbing enthält so genannte Hanseatica, die vom Rat der Stadt Elbing aufbewahrten Privilegien und angelegten Akten genauso wie Materialien zum sogenannten Pfundzoll, mit dem die Stadt zur Finanzierung militärischer Unternehmen der Hanse beitrug.

Das Archiv ist in der Öffentlichkeitsarbeit tätig, ist zum Beispiel auf dem internationalen Archivtag vertreten. Daneben bietet sich die Möglichkeit eines Praktikums, gerade auch für deutschsprachige Studenten, vor allem zur Erfassung noch unerschlossener deutschsprachiger Bestände. Eigene Archivausbildungen richten die Staatsarchive nicht aus, die Universität Thorn hat dagegen einen eigenen Studiengang, aus dem sich der Nachwuchs an Archivaren rekrutiert, die Universität Danzig bietet das Teilfach „Archivkunde“ an. Der Besuch des Staatsarchivs hat einen interessanten Einblick in die Struktur der polnischen Staatsarchive gegeben und wichtige Elemente der Überlieferung der hansischen Geschichte in Danzig vermittelt.



Bürgerbildnis von 1740 aus dem Elbinger Bestand



Beispiel für palläographische Übung in Deutsch aus dem Elbinger Bestand

Archiv des Instituts des Nationalen Gedenkens in Danzig

Raffael Parzefall, Konrad Zrenner

Das 20. Jahrhundert wurde stark durch die beiden Weltkriege sowie den Kalten Krieg geprägt und wird daher nach Eric Hobsbawm auch als „Zeitalter der Extreme“ bezeichnet. Besonders die Staaten Osteuropas waren Schauplatz dieser Auseinandersetzungen. Polen etwa befand sich in den Jahren von 1939 bis 1989, ein halbes Jahrhundert lang, zunächst unter nationalsozialistischer, dann sowjetischer Vorherrschaft. Das polnische Parlament (Parlament Rzeczypospolitej Polskiej) beschloss 1998 die Einrichtung des Instituts des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięi Narodowej, IPN), um sich mit der historischen und juristischen Aufarbeitung dieser Periode zu beschäftigen.

Die Aufgaben des IPN umfassen seit 2007 vier verschiedene Bereiche. Zum einen erfüllt es als „Büro für die Aufbewahrung und Freigabe von Archivalien“ (Biuro Udostępniania i Archiwizacji Dokumentów) die Rolle eines Archivs für Zeugnisse von Verbrechen, die im Zeitraum von September 1939 bis Juli 1990 an polnischen Staatsbürgern verübt wurden. Dieser Aufgabenbereich ist vergleichbar mit der deutschen „Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ (BStU), wobei das polnische IPN auch Verbrechen, die während des Nationalsozialismus begangen wurden, bei der Verfolgung berücksichtigt. Die Bestände umfassen dabei Akten der Polizei, Streitkräfte, Staatsanwaltschaften, oder der polnischen Nachrichtendienste UB (Urząd Bezpieczeństwa) und SB (Służba Bezpieczeństwa). Diese Unterlagen wurden von den Behörden und

Staatsarchiven auf Grund gesetzlicher Grundlage an das IPN abgegeben. Zudem wurden private Schenkungen aufgenommen. Insgesamt wird so ein Bestand von ca. 90 km Akten aufbewahrt, doch entspricht diese große Menge nur



Geschlagene Milizen 1981

etwa 10% der ursprünglich vorhandenen Aktenbestände. Die übrigen 90% wurden im Laufe des Jahres 1989, als das Ende der Volksrepublik Polen (Polska Rzeczpospolita Ludowa) und ihrer Geheimdienste absehbar war, von den Behörden vernichtet. Die „Hauptkommission zur Strafverfolgung von Verbrechen gegen die polnische Nation“ (Główna Komisja Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu) ist der zweite, juristische Aufgabenbereich. Dieser entspricht in etwa dem der deutschen „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“. Auch hierbei ist die polnische Stelle mit weitreichenderen Befugnissen ausgestattet, da auch Verbrechen aus der kommunistischen Zeit nachgegangen wird.

Der dritte Bereich des IPN, das „Büro für öffentliche Bildung“ (Biuro Edukacji Publicznej) beschäftigt sich mit Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit durch Vorträge, Ausstellungen, Konferenzen und Publikationen und betreibt Forschung.

Dem „Büro für Lustration“ (Biuro Lustracyjne) kommt die vierte und jüngste Aufgabe des IPN zu. Diese Abteilung ist mit der Überprüfung von Amtsträgern und Politikern hinsichtlich der Beteiligung an Verbrechen im genannten Zeitraum betraut. Jede Person, die eine öffentliche Funktion bekleidet, wird daher bei Amtsantritt durch das IPN auf eine frühere Tätigkeit für den Inlandsgeheimdienst befragt. Bei einer wahrheitswidrigen Angabe kann nach einem juristischen Verfahren die Ausübung des Amtes unter Umständen verwehrt werden.

Der Hauptsitz des IPN befindet sich in Warschau (Warszawa), daneben gibt es elf Außenstellen und acht Nebenstellen. Das IPN Danzig (Gdańsk) wurde im Jahr 2000 vorläufig in einer ehemaligen Kaserne im Danziger Stadtteil Oliva sowie in Gdingen (Gdynia) untergebracht. 2015 wird das IPN Danzig in ein eigenes Gebäude umziehen. Das IPN Danzig bewahrt einen Bestand von ca. 3.500 laufenden Metern auf. Der größte Teilbestand sind Passakten mit einem Umfang von etwa einer Million Faszikeln. Daneben sind auch ca. 250.000 Faszikeln mit weiteren Dokumenten, Postkarten, Fotografien, Ton- und Filmaufnahmen, Spruchbändern und Plakaten sowie Kleidungsstücken vorhanden.

Neben der Erschließung (Ordnung und Verzeichnung) der umfangreichen Bestände, werden diese je nach Zustand auch restauriert. Überdies müssen bestimmte Dokumente hinsichtlich ihres Inhaltes besonders sensibel gehandhabt und bestehende Geheimhaltungsstatuten aufgehoben werden. Nach und nach sollen alle Unterlagen des IPN gescannt und in einem Digitalen Archiv gespeichert werden. Durch dieses größte Digitalisierungsprojekt in Polen werden die Bestände zum einen gesichert und zum anderen für die breite Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Dabei wird für jede Archivalie ein Regest mit Angaben zu Inhalt, Umfang, Personen und Orten erstellt. Zur Bewältigung all dieser Aufgaben werden allein in Danzig 30 Archivare beschäftigt.

In die vielfältigen Bestände des IPN Danzig wurde uns anhand zahlreicher Beispiele ein kleiner Einblick gewährt. Aus der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur gibt es zahlreiche Akten, wie z. B. Listen zu sogenannten „Volksdeutschen“ oder dem unweit Danzigs gelegenen Konzentrationslager Stutthof. Ein Kuriosum ist eine Personenmeldekartei, die auf kleine Metallplatten gestanzt worden war. So eine Kartei gibt es nur in Danzig und wurde vermutlich angefertigt, um diese vor Brandschäden zu bewahren. Aus der Zeit der Volksrepublik Polen werden u. a. Akten über Minderheiten oder vertriebene und umgesiedelte Bewohner Danzigs aufbewahrt. Aus dem sehr umfangreichen Bestand der Passanträge wurden uns exemplarisch die Akten des Boxers Dariusz Michalczewski, des derzeitigen polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk und des ehemaligen Vorsitzenden der Gewerkschaft Solidarność, polnischen Staatspräsidenten und Friedensnobelpreisträgers Lech Wałęsa präsentiert. Die Magazine halten aber nicht nur Schriftstücke bereit, wie uns eine Vorführung von Filmaufnahmen zeigte. Diese wurden während des Kriegszustandes zu Beginn der 1980er Jahre in Danzig durch den Inlandsgeheimdienst gemacht und zeigen das brutale Vorgehen von Hilfsmannschaften der polnischen Miliz ZOMO gegen Demonstranten. Auch Fotografien von solchen Auseinandersetzungen werden aufbewahrt, sowie Spruchbänder und Banner der Solidarność.

Die beiden Mitarbeiter des IPN Danzig Jan Daniluk und Maciej Sokołowski vermittelten uns sehr anschaulich – und übrigens in ausgezeichnetem Deutsch – einen eindrücklichen Einblick in deren wichtige und spannende Arbeit sowie in die umfangreichen Bestände und Aufgaben des IPN.



Der Archivar, Maciej Sokołowski, präsentiert die Bestände



Passakten von Lech Wałęsa

Ausgehend von den Erkenntnissen über das IPN und deren Dependancen, die in den früheren Archivkursen in Breslau (Wrocław) und Kattowitz (Katowice) / Krakau (Kraków) erworben wurden, können die einzelnen Stellen durchaus miteinander verglichen werden. Die Verwaltungsstruktur ist bei den drei Außenstellen identisch und basiert seit 2007 auf den bereits erwähnten vier Säulen: Archiv, Forschung und Bildung, Staatsanwaltschaft und Sicherheitsprüfung bzw. Lustration.

Die Breslauer Außenstelle hatte nach nur fünf Jahren die Sichtung und Erschließung des gesamten Bestandes, der 9.560 laufende Meter umfasst, abgeschlossen. Die Dependance in Kattowitz verfügt über einen Gesamtbestand von rund 13.000 laufenden Metern und ist somit gemessen am Bestand die zweitgrößte Institution des IPN, nach der Zentrale in Warschau. Danzig zählt mit knapp 3.500 Meter Akten zu den kleineren Stellen des IPN. In Kattowitz sind insgesamt rund 60 Mitarbeiter im Archivwesen tätig, 20 Mitarbeiter sind für die Öffentlichkeitsarbeit, hier vor allem im Bereich Bildung und Forschung, zuständig. Seit 2000 existieren in Kattowitz die ersten Magazine, zuvor waren die Bestände zentral in Warschau gelagert. Der Aktenbestand der drei Stellen ist zeitlich nicht kohärent. Während sich in Danzig Akten aus dem Zeitraum zwischen September 1939 bis Juli 1990 finden lassen, beginnt die Überlieferung in Breslau ab dem 22. Juli 1944 und erstreckt sich bis zum 31. Juli 1990. In Kattowitz finden sich ebenfalls Akten ab September 1939, die Überlieferung endet hier jedoch am 31. Dezember 1989. Es lässt sich feststellen, dass neben der unterschiedlichen Menge an Archivalien auch der Überlieferungszeitraum aufgrund der lokalen Ereignisse unterschiedlich ausfällt.

Für die Zeit des Zweiten Weltkriegs sind teilweise Akten des Gestapo sowie Verwaltungsgut der Gerichte überliefert. Den größten Bestand innerhalb der drei Archive stellen jedoch die sogenannten Reisepassakten, also Massenakten, aus der Zeit der sowjetischen Abhängigkeit Polens von 1944 bis 1989 dar. Die vollständige Erschließung und Speicherung der Informationen, dieser vor allem für die Aufarbeitung der während der kommunistischen Herrschaft verübten Verbrechen wichtigen Akten, in einer zentralen Datenbank in Warschau, ist das gemeinsame Ziel aller Stellen des IPN. Die Unterlagen des Innenministeriums, der Staatssicherheit, der Geheim- und Abschirmdienste sowie der Gerichte und Staatsanwaltschaften bilden einen heterogenen Bestand, der sich ebenfalls in allen Stellen finden lässt. Hier sind vor allem die Personalakten der IMs (Inoffizielle Mitarbeiter) der Staatssicherheit ein wichtiger und überdies informationsreicher Unterbestand. Nahezu für jeden damaligen Mitarbeiter finden sich in den Archiven Angaben zur Person, zur Rekrutierung, zur Arbeitsweise und somit auch zur Effizienz bzw. Beteiligung an Verbrechen. Eine zweite Gruppe stellen die sogenannten "Objektakten-Sammlungen" als Sachakten dar, die als Konvolute zu konkreten Vorhaben der Staatssicherheit, wie beispielsweise die Beobachtung der deutschen Minderheit unter dem Decknamen "Revanchisten", Archivalien beinhalten. Wie bereits erwähnt, bildet das heute eingelagerte Archivgut gemessen



direkter Zugang zu den Beständen

sen am Umfang keinesfalls den tatsächlichen Bestand an Akten, der bis 1989 entstanden ist, ab. Die absichtliche und teilweise systematisch unternommene Vernichtung von Akten zur Vertuschung von Verbrechen spiegelt sich natürlich auch im Bestand der Archive wider. Ein spezielle Form von Archivalien sind die sogenannten Evakuationssäcke, die sich neben Warschau nur in der Kattowitzer Außenstelle finden lassen. Diese Säcke beinhalten Aktensammlungen, die von Mitarbeitern der Staatssicherheit zwischen 1989 und 1990 durch Zerreißen zerstört worden sind – allein in Breslau wurden rund 30 Tonnen Archivalien vernichtet. In mühevoller Arbeit wird an der Rekonstruktion dieser Unterlagen gearbeitet, auch in Kooperation mit der deutschen BStU. Ein mittlerweile europaweites Netz von Aufarbeitungs-Institutionen unterstützt die Sicherung und Erschließung dieser Archivalien.

Die bisherigen Einblicke lassen erkennen, dass das IPN die mitunter wichtigen Archivalien zur polnischen Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufbewahrt und deshalb sowohl eine zukünftige Benutzung als auch die Aufklärung von im Zeitraum von 1939 bis 1990 in Polen begangenen Verbrechen gewährleistet. Der Zugang für deutsche Benutzer ist nach Rechtslage möglich und wie zu erfahren war, in allen Stellen willkommen. Die Möglichkeit Praktika zu absolvieren wird von polnischen Studenten gerne angenommen, deutsche Studenten könnten nach Rücksprache mit der Leitung der jeweiligen Abteilung ebenfalls in Form eines Praktikums hospitieren und beispielsweise deutschsprachige Bestände sichten, verzeichnen und ablegen.

Das Staatsarchiv Elbing als Forschungseinrichtung für Historiker, Museologen und Kulturwissenschaftler

Tobias Gräf, Sebastian Pößniker

Das Staatsarchiv Elbing ist administrativ der nordpolnischen Stadt Elbing (Elbląg) in der Woiwodschaft Ermland-Masuren zugehörig, hat seinen eigentlichen Sitz als Archiv jedoch in der Marienburg in Malbork, einer Kreisstadt des im Westen angrenzenden Verwaltungsbezirks Pommern.

Die Besichtigung des UNESCO-Weltkulturerbes Marienburg, welches zugleich als größter Backsteinbau Europas gilt, bildete im Rahmen der Exkursion zur „Deutschen Wirtschafts- und Sozialordnung im Baltikum“ nicht nur in seinen touristisch-kulturellen Aspekten einen interessanten Höhepunkt, sondern erwies sich vor allem aus historisch-wissenschaftlicher Perspektive als gewinnbringend: Die monumentale Buranlage als ehemaliger Hauptsitz des Großmeisters des Deutschen Ordens bietet mit dem dortigen Staatsarchiv eine Fülle ergiebiger historischer Quellen, die eine enge Verbindung zwischen dem von den Hochmeistern geführten Deutschordensstaat und dem Kaufmannsverbund der Hanse als zentralen Wirtschaftsakteur der Nord- und Ostseeküste belegen.

Obwohl die historische Buranlage aus der Zeit des 13. Jahrhunderts in zahlreichen Kriegen, insbesondere am Ende des Zweiten Weltkriegs durch sowjetischen Artilleriebeschuss, schwerwiegende Beschädigungen hinnehmen musste und damit auch die Bestände des damals schon dort ansässigen deutschen Archivs erheblich in Mitleidenschaft gezogen oder teils vernichtet wurden, verfügt die Institution nach wie vor über einen großen Bestand an gut erhaltenen Schriftstücken unterschiedlichster zeitlicher und regionaler Provenienz.



Auf der Marienburg vor dem Gebäude des Staatsarchivs Elbing

In besonderem Maße ist dies Eligiusz Gumprecht zu verdanken, der ab 1952 als erster polnischer Archivar nach dem Krieg mit der Aufgabe betraut war, die erhaltenen Bestände zu sichern und, soweit möglich, wiederherzustellen. Denn nicht nur durch unmittelbare Kriegseinwirkungen, sondern teilweise auch durch gezielte Versuche, Bestände zu vernichten, herrschte zunächst Chaos vor. So wurden beispielsweise wertvolle Unterlagen 1945 von deutschen Truppen im Burgbrunnen versenkt. Da ein weiterer Fortbestand des Archivs in der Burg nach Kriegsende zunächst unklar war, hatte Gumprecht die Aufgabe, die gesicherten Archivalien dem Staatsarchiv in Danzig zu übersenden.

Verglichen mit anderen Einrichtungen, ist das Elbinger Staatsarchiv mit seinen elf Mitarbeitern und „nur“ zwei Kilometern laufender Akten das kleinste in der polnischen Archivlandschaft. Der Grund dafür ist nicht zuletzt in der Verpflichtung zu sehen, dass über Jahre hinweg Archivalien an Danzig abgegeben werden mussten. Im Hinblick auf den Gesamtbestand des Archivs stellte dies einen großen Aderlass dar, der bis heute schmerzt, da einerseits eine geforderte Rückgabe der Unterlagen nicht erfolgte und andererseits der Umfang der Archivbestände die Bemessungsgrundlage für die Höhe des von der Generaldirektion in Warschau (Kultusministerium) festgelegten Finanzbudgets darstellt. Erst mit der Reform der politischen Verwaltungsgliederung im Jahre 1975, als Elbing zur eigenen Woiwodschaft erhoben wurde und damit auch eine Aufwertung des bis dahin als Kreisarchiv geführten Instituts in Marienburg zum „Staatsarchiv Elbing mit Sitz in Marienburg“ (offizielle Bezeichnung seit 1983) einherging, endete die komplizierte Überführung ins Danziger Staatsarchiv. Die daraus resultierende, bis heute bestehende Zweiteilung der Archivbestände kann zudem für den Benutzer einige Unannehmlichkeiten mit sich bringen, da Recherchen nicht nur vor Ort in Marienburg durchgeführt werden können.



Der Archivar, Tomasz Kukowski, zeigt Unterlagen der Stadt Marienburg



Magazinziräume des Staatsarchivs Elbing auf der Marienburg

Neben der relativ schwachen Finanzausstattung kämpft das Archiv ferner mit einer Reihe von Einschränkungen in der täglichen Archivarbeit, die der historischen Bauarchitektur einer Burg geschuldet sind. Denn während die Ordensburg einerseits den idealen Ort für ein Archiv darstellt, da in den alten Gemäuern der Hauch jahrhundertelanger Geschichte die passende Arbeitsatmosphäre erzeugt, führen andererseits verwinkelte Räumlichkeiten, enge Wendeltreppen, massive Säulen und alte Holzböden mit begrenzter Belastungskapazität für Aktenregale zu teilweise erheblichen Behinderungen. So ist der Großteil der Bestände beispielsweise in tiefer gelegenen Kellerräumen untergebracht, da nur hier eine konstant niedrige Raumtemperatur gewährleistet werden kann. Dies bringt jedoch Nachteile bei der Beleuchtung mit sich, da Fenster fehlen und Stromkabel nur

äußerlich verlegt werden dürfen, da an den denkmalgeschützten Mauern selbst kleine Veränderungen in der Baustruktur verboten sind.

Die heute in der Marienburg vorhandenen Archivbestände stammen überwiegend aus der Zeit vor 1945 und sind somit zu großen Teilen deutschsprachig. Neben dem ältesten Bestand, dem Familienarchiv der westpreußischen Linie des märkischen Uradelsgeschlechts derer von der Groebens, existieren beispielsweise zahlreiche Matrikeln aus dem Standesamt Elbing mit Geburts-, Heirats- und Sterbeurkunden aus der Zeit des preußischen Königreichs, Unterlagen zur Stadt und Stadtgeschichte von Marienburg (Malbork) oder historische preußische Zeitungen aus dem 18. und 19. Jahrhundert, etwa die „Marienburger Zeitung“. Insbesondere für deutsche Historiker und Forscher, aber auch für private genealogische Nachforschungen über die eigenen Vorfahren aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten finden sich dort ergiebige Quellen. Die Überlieferungen aus dem Elbinger Standesamt bieten viele interessante Einblicke in das alltägliche Leben, den Beruf, die Religionszugehörigkeit oder den Verbleib der damaligen Bewohner und geben zudem Auskunft über die Alters- und Geschlechtsstruktur der Gesellschaft. So verraten die historischen Notizen beispielsweise auch, dass Matrosen des Schlachtschiffs Bismarck aus Elbing und Umgebung stammten.

Dass die Region an der Ostsee einen engen Bezug zur Schifffahrt hat, belegen zudem mehr als 12.000 technische Zeichnungen und Konstruktionspläne zu Schiffen,

Häfen und Werften, v.a. aus den ehemaligen Schichau-Werken in Elbing. Viele dieser historischen Schätze können leider nicht detailliert aus- bzw. bewertet werden, da den Archivmitarbeitern verständlicherweise der diesbezügliche ingenieurtechnische Sachverstand fehlt. Vor allem wegen dieser Unterlagen wäre das Archiv gerne bereit, ausländische, bevorzugt deutsche Studenten, Praktikanten oder Wissenschaftler mit Kenntnissen im Bereich maritimer Ingenieurtechnik als Volontäre anzustellen.

Im Hinblick auf den Umfang bilden die Bestände zur eigenen Burggeschichte den größten und wichtigsten Teil des Archivs. Die Restaurierungsarbeiten der Burg, die ab 1817 dringend nötig wurden, da das preußische Militär die Anlage lange Zeit als Kaserne nutzte und dabei ohne Rücksicht auf die einmalige mittelalterlich-historische Architektur großflächig Abrisse und Umbauten vornahm, sind vor allem im Zeitraum zwischen 1877 und 1919 schriftlich und bildlich detailliert dokumentiert und bis heute gut erhalten geblieben. Insbesondere der preußische Architekt und Denkmalspfleger Conrad Steinbrecht erwarb sich durch seine intensiven Bemühungen um einen rekonstruktiven Wiederaufbau der Burg großes Ansehen und gilt seitdem als der „Retter der Marienburg“.



Stadtplan von Elbing 1785, Teil der Plan- und Kartensammlung

Neben den zahlreichen Beständen des Staatsarchivs Elbing in der Marienburg aus der Zeit der politischen Zugehörigkeit zu Preußen bzw. dem Deutschen Reich gibt es dort inzwischen auch einen zunehmend wachsenden Bestand aus der jüngeren polnischen Zeitgeschichte. Anhand eines eingehenden Studiums der Schriftstücke aus der unmittelbaren Nachkriegszeit bis 1950 lässt sich die Phase der Flucht, Vertreibung und Zwangsausweisung, die als unmittelbares Kriegsfolgeereignis einen groß dimensionierten „Menschentransfer“ von Ost nach West verursachte, genauso gut nachvollziehen wie der Versuch der kommunistischen Einheitspartei (PZPR) die

öffentliche Meinung in Polen zu lenken und die Bevölkerung auf die eigenen ideologischen Überzeugungen einzuschwören. Dazu sind zahlreiche einschlägige Propagandaplakate im Archiv verwahrt.

In der Gegenwart wird zudem an einem neuen Projekt gearbeitet; so hat sich das Archiv die Erforschung der Geschichte der jüdischen Gemeinde in der Zeit vor 1945 zum Ziel gesetzt. Erschwert werden die Recherchearbeiten des Archivars und Historikers Tomasz Kukowski zu dieser Thematik allerdings durch eine dürftige Quellenlage, da viele Unterlagen im Laufe der Zeit verloren gegangen sind.



Übinger Stadrturkunde mit Siegel

In der jüngsten Vergangenheit stellen die Archivare des Staatsarchivs Elbing allerdings einen erfreulichen Trend fest: Die unzähligen Matrikeln und Archivalien deutschsprachiger Provenienz erregen inzwischen auch bei polnischen Lokalhistorikern vermehrtes und bisher ungekanntes Interesse. 69 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind die Bewohner der ehemals deutschen west- und ostpreußischen Provinzen auf der Suche nach ihrer historischen und kulturellen Identität und wollen mehr erfahren über die lange und turbulente Geschichte ihrer seit 1945 „neuen“ – und für viele auch einzigen – Heimat.

Diözesanarchiv Danzig

Simon Reischmann, Martina Grüner

In der Johannes Canaparius zugeschriebenen um das Jahr 1000 verfassten Vita sancti Adalberti episcopi Pragensis trat Danzig als „Gyddanyzc“ zum ersten Mal aus dem Schatten der Geschichte. 997 kam eben dieser Prager Bischof im Geleit von Soldaten des späteren polnischen Königs nach Danzig und nahm nach einer eintägigen Predigt Taufen in der Bevölkerung vor. Danzig gehörte zunächst zum Bistum Kolberg. Nach dem Untergang dieser Diözese und der Zugehörigkeit Danzigs als Erzdiakonat zu verschiedenen Gebieten schlug Papst Pius VII. 1821 Danzig dem Bistum Kulm zu. Im Hinblick auf das wieder erstandene Polen und die neuen Staatsgrenzen wurden 1922 die katholischen Pfarreien im Gebiet des Freistaats Danzig als Apostolische Administration aus dem Bistum Kulm ausgegliedert; diese Verwaltungseinheit wurde 1925 zur Diözese erhoben und Rom direkt unterstellt. Der Wunsch nach einem einheimischen Bischof war groß, doch als ersten Bischof Danzigs ernannte man Graf Eduard O'Rourke. Der aus Weißrussland stammende und langjährig im Baltikum tätige Adelige mit irischen Wurzeln war eine Kompromisslösung, da national neutral, was aus Sicht Roms dazu beitragen sollte, den Nationalitätenstreit zwischen Deutschen und Polen von der Kirche fernzuhalten. Die Erhebungsurkunde Danzigs zum Bistum ist im Original erhalten: Die Bulle Papst Pius' des XI. vom 25. Dezember 1925 wird als eines der bedeutendsten Dokumente im bistumseigenen Archiv verwahrt.

Während der NS-Herrschaft war man bei der Besetzung des Bischofsstuhls wiederum um einen Kompromiss bemüht, um die deutsch-polnischen Spannungen zu lindern. Bis 1945 war so Bischof Carl Maria Splett im Amt, dessen Vater Deutscher und die Mutter Polin war, bevor er schließlich von den kommunistischen Regierung in einem Schauprozess verurteilt wurde und anschließend nach Deutschland auswanderte. Das Bistum umfasst Gebiete im Norden Polens und erstreckte sich von der Weichselmündung bis nach Pommerellen. Es besteht aus 197 Pfarreien mit 24 Dekanaten. Einen Meilenstein in der Geschichte des vergleichbar jungen Bistums bildete die Erhebung Danzigs zum Erzbistum im Zuge der polnischen Kirchenreform des Jahres 1992. Seitdem gehören jedoch alle Gebiete östlich der Weichsel zum neu gegründeten Bistum Elbing.

Das bereits erwähnte Bistumsarchiv Danzigs wurde 1922 mit der Gründung des Bistums eingerichtet und ist in seinem Archivsprengel identisch mit den heutigen Bistumsgrenzen. Die Archivalien reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück. Die wichtigsten Dokumente sind die päpstlichen Bullen, darunter die oben bereits erwähnte Gründungsurkunde sowie Personalbullen bezüglich der Bischofsernennungen. Einen großen Bestand stellen die Matrikeln dar, also das Verzeichnis aller Taufen, Trauungen und Sterbefälle der Pfarreien des Bistums, deren Führung seit der Reformation

und dem Tridentinum für die einzelnen Pfarreien verpflichtend war. Zu diesem Zweck schicken die jeweiligen Pfarrer regelmäßig Kopien ihrer Matrikeln an das Bistum. Diese Unterlagen werden von Archivbesuchern vor allem zur Stammbaumforschung herangezogen, was mittlerweile vollständig elektronisch abgewickelt werden kann, da die Bestände digitalisiert sind.

Das Bistumsarchiv Danzig weist zwei Aktenreihen auf: Im Jahr 1965 wurde die alte Aktenreihe, die auch deutschsprachiges Schriftgut enthält, geschlossen und eine zweite, offene und rein polnische Reihe begonnen.

Eine weitere Gruppe von Archivalien betrifft den Schriftverkehr innerhalb des Bistums, vor allem aus dem 19. Jahrhundert, über die Bereiche Bauwesen, Pfarreien und katholische Schulen. Zudem verfügt das Archiv über eine Vielzahl von Visitationsberichten, die jedes Vierteljahr anfallen. Als Visitation bezeichnet man den Besuch eines Kirchenoberen mit Aufsichtsbefugnis, also eines Bischofs oder Weihbischofs, zum Zweck der Bestandsaufnahme und Normenkontrolle in einer Pfarrei.

Desweiteren werden Dekrete des Bischofs, die vor allem Personal- und Territorialfragen regeln, Personalangelegenheiten der verstorbenen Priester sowie Bilder und Bildsammlungen im Archiv verwahrt. So gibt es zu einigen einzelnen Pfarreien teilweise 300 Bildbände. Ebenfalls im Archiv gelagert sind Tonbänder, die etwa Interviews mit Bischöfen oder Reden auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil enthalten.

Der Leiter des Archivs ließ die Regensburger Besucher Einblick nehmen in einige bedeutende Dokumente und Archivalien aus dem Bestand, so z. B. die Summa Theologica (1482) von Alexander von Hales oder ein Handbuch aus dem 15. Jahrhundert, das Anleitungen zur Gestaltung von Predigten enthält und aufgrund seiner enormen Seitenzahl den Titel eines Handbuches kaum mehr rechtfertigen konnte.

Insgesamt beherbergt das Archiv 5000 Faszikeln (ohne die Matrikeln) auf 130 lfm. Das Erzbischöfliche Archiv Danzig wird momentan von etwa 200 Besuchern pro Jahr benutzt.

Vergleicht man die Danziger Verhältnisse mit dem Bischöflichen Zentralarchiv Regensburg, so erkennt man große Parallelen in Organisation und Beständen: Der Archivsprengel entspricht auch hier dem eigenen Bistum. Aufgabe des am 27. Oktober 1972 eröffneten Archives ist die Sicherung und Nutzung der amtlichen Überlieferung der kirchlichen Einrichtungen der Diözese. Auch Archivgut von



Der Archivar, Priester Dr. Maciej Kwiecień, erklärt den Archivsprengel

ehemaligen kirchlichen Institutionen auf dem Bistumsgebiet wird im Archiv mit seinen sechs Magazinen mit einer Gesamtfläche von 660 m² verwahrt. Hauptbestand ist das Archiv des Ordinariates (Konsistorium) und das des Domkapitels. Insgesamt liegen über 18.000 Verzeichnungseinheiten im Archiv vor, die Gesamtzahl der Urkunden aus allen Beständen liegt bei über 20.000 Stück. Hinzu kommen Schriftgut der Administration und aus freiwilligen Abgaben von Dekanaten, Pfarreien und Klöstern sowie Nachlässe und Sammlungen wie etwa eine Münzsammlung.

Verbindungsachse zwischen dem Bischöflichen Zentralarchiv Regensburg und den Polnischen Diözesen – auch Danzig – sind die so genannten Ostkirchenbücher, Matrikel aus den ehemals deutschen Ostgebieten und Gebieten, die während des Zweiten Weltkrieges unter deutscher Militärverwaltung standen. Diese Matrikel wurden durch die Kreisverwaltung auf Anordnung des Reichssippenhauptamtes in Berlin 1943 in Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Danzig wegen des Erbnachweises der Bewohner zusammen gezogen. 1945 wurden diese Bücher neben anderen Kulturgütern zum Schutz vor den herannahenden alliierten Truppen in mitteldeutsche Salzbergwerke eingelagert. Die dortige unsachgemäße Lagerung verursachte zum Teil irreparable Schäden. Nach der Beschlagnahmung durch die Alliierten und der Verteilung auf verschiedene Stationen – unter anderem das Geheime Staatsarchiv in Berlin und das Kirchenbuchamt in München, wo jeweils zusammengehöriges Archivgut getrennt gelagert wurde – wurden die Ostkirchenbücher der Deutschen Bischofskonferenz zur treuhänderischen Verwaltung übergeben. Der Bestand der katholischen Ostkirchenbücher sollte bis zum 31. Dezember 1977 im Bischöflichen Zentralarchiv Regensburg vereint werden.



Die in Regensburg renovierten Matrikel von der Diözese Danzig



Matrikelbuch, einst im ZBA Regensburg, nun in Danzig-Oliva

Die evangelischen Ostkirchenbücher wurden in das Evangelische Zentralarchiv in Berlin gegeben. Auch wenn sich die Übergabe nach Regensburg zum Teil noch ein wenig verzögerte, lagen Mitte der 80er-Jahre des letzten Jahrhunderts 3.462 Bände in Regensburg vor, diese stammten größtenteils aus dem Erzbistum Gnesen (218 Bände aus 26 Pfarreien), dem Bistum Kulm (1.569 Bände aus 203 Pfarreien), dem Bistum Ermland (632 Bände aus 80 Pfarreien) und dem Bistum Danzig (320 Bände aus 31 Pfarreien). Die Danziger Bände sind auf Deutsch und Latein gehalten und stellen mit Büchern aus der Pfarrei Danzig-Oliva (ab 1593) die ältesten aller Bücher. In Bayern wurden die Ostkirchenbücher von den Benediktinerinnen in Eibing aufwändig restauriert, zum Teil mit der speziellen Technik der Verwendung von Japanpapier. Außerdem ist der Bestand vom Bayerischen Hauptstaatsarchiv verfilmt worden. Die restaurierten Bücher wurden nach einer Vereinbarung der polnischen und der deutschen Bischofskonferenz im September 2001 an ihre ursprünglichen Entstehungsorte zurückgegeben.



Der Dom zu Oliva



Regier Austausch auch unter den Dozenten



Studium der Originalurkunden

Teil "Danzig und die Deutsche Hanse"



Danzig und die Hanse (12.–17. Jh.) mit einem Blick auf den Forschungsstand

Izabela Błaszczuk, Robert Kędzierski

Beim Besuch der Stadt Danzig muss man sich unweigerlich auch mit der Geschichte der Hanse auseinandersetzen. Nichts prägte über Jahrhunderte, vor allem vom 12. bis zum 17. Jahrhundert, wohl das Selbstverständnis und das Stadtbild mehr als die Mitgliedschaft in der Vereinigung niederdeutscher Kaufleute, „die aus Gründen der Sicherheit und der Wirtschaftlichkeit gemeinsam zu bestimmten Märkten reis[t]en, und dort ihre Unternehmungen gemeinschaftlich organisier[t]en“.

In der Stadt Danzig vermischten sich schon immer viele Kulturen. Vor allem polnische und deutsche Expansionsbestrebungen entschieden oft über das Schicksal der Stadt. Seit ihrer Gründung im 10. Jahrhundert gehörte die Stadt abwechselnd zum Königreich Polen, dem Deutschen Orden, Polen-Litauen, dem Königreich Preußen, dem Deutschen Kaiserreich und schließlich in der Zwischenkriegszeit existierte sie als Freie Stadt Danzig.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Stadt machte vor allem ihre Lage aus. Sie liegt strategisch an der Mündung eines Weichselarmes in die Ostsee. Seit dem 10. Jahrhundert wurden die Waren u. a. aus Polen und den Nachbarstaaten über diese Wasserstraße transportiert. Danzig entwickelte sich im Laufe der Zeit zu einer Wirtschaftsmetropole und zählte zu den wichtigsten Städten der deutschen Hanse. Die ersten Hansentandlungen entstanden im 12. Jahrhundert in den Niederlanden und Flandern. Doch die berühmteste, weil größte und bedeutendste, war die deutsche Hanse, die aufgrund ihrer Bedeutung auch schlichtweg nur als die „Hanse“ bezeichnet wird. Danzig entwickelte sich im Laufe der Zeit zu einer Wirtschaftsmetropole und zählte zu den wichtigsten Städten der Hanse.

Die Rekonstruktion der hansischen Geschichte ist nicht einfach. Wann die Hanse gegründet wurde, ist nicht eindeutig bestimmbar. So schreibt Pichierri: „niemals wurde eine formelle Gründungsurkunde dessen abgefasst“. Die meisten Historiker beziehen sich für gewöhnlich auf die Gründung Lübecks zwischen 1143 und 1159. Doch die Aussagen hansestädtischer Chronisten aus Lübeck, Danzig oder Köln erwähnen die Hanse kaum oder gar nicht bzw. die Überlieferungen bleiben unbedeutend. Es lässt sich zwar auch ein hansischer Raum bestimmen, aber es gab kein hansisches Hoheitsgebiet, den man an bestimmten territorialen Grenzen abstecken könnte. Die hansischen Städte bzw. die Kaufleute verband ein Netz von Handelsbeziehungen, die wiederum nicht selten durch verwandtschaftliche sowie freundschaftliche Kontakte der Bewohner untermauert wurden. Die Hansestädte bildeten Knoten in einem weit

ausgespannten Netz. Das Recht, sich in solchen extraterritorialen Gemeinschaften zu organisieren, war das wichtigste Privileg der Hanse. Weitere waren zum Beispiel die Befreiung von Leistungen und Abgaben im Falle eines Krieges, Erhalt von Eigentumsrechten an Wracks bei Schiffbrüchen, Ermäßigung von Zollgebühren oder das Recht, eigene Waagen benutzen zu dürfen. Die wichtigsten Ziele der Hanse waren neben der Vertretung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen sowie die Sorge um die Sicherung der Überfahrt. Die Bedeutung der Hanse lässt sich aus heutiger Sicht nur schwer ermessen. Im 14. und 15. Jahrhundert verband ihr Netz praktisch alle Städte der Nord- und Ostseeküste. Die Informations-, Infrastruktur-, Organisations- und Kontrollkosten waren gering. Dies erleichterte den Kaufleuten der Hanse-Städte wie Danzig, sich am Fernhandel zu beteiligen und von diesem Einkommen zu leben.

Die Hansestädte Danzig, Elbing, Königsberg, Kulm und Thorn unterstanden zu ihrer Blütezeit, die zugleich die Blütezeit der Hanse war, dem Deutschen Orden. Diese Herrschaft umfasste den Zeitraum von 1308 bis 1454. Ab dem Jahr 1420 kann man Danzig als das wirtschaftlich stärkste Zentrum unter den genannten Städten bezeichnen. Zur Zeit ihrer größten Ausdehnung umfasste die Hanse 300 See- und Binnenstädte; Danzig gehörte seither zu den größten und bedeutendsten. In dieser Zeit überflügelte Danzig beispielsweise sogar Lübeck, was die Einwohnerzahl betraf und war seitdem die bevölkerungsreichste Stadt an der Ostseeküste. Zur Hanse hatte der Deutsche Orden ein ambivalentes Verhältnis. Der Deutsche Orden war gleichzeitig Mitglied, Schutzherr, aber auch Konkurrent der Hanse. In seinen Funktionen trug er anfänglich zum Aufstieg, später aber auch zum Niedergang der Hanse bei. Der Ordensstaat handelte in erster Linie mit Getreide, Holz und Bernstein; Danzig vor allem ab dem 15. Jahrhundert mit Waren aus dem weiten Hinterland, zum Beispiel mit Holz aus Polen, Litauen und Belarus, mit Tüchern in verschiedenen Größen und Farben sowie Pottasche, die als Rohstoff für die Produktion von Seife, Glas und Salpeter diente.

Danzig entwickelte sich um 1500 auf diese Weise von einer reinen Fernhandelsstadt zu einem „reinen Mittlerzentrum“. Die Danziger nahmen dadurch eine reine Vermittlerrolle ein. Hierbei spielte der Getreidehandel für die Stadt eine zentrale Rolle. Den Anstoß zum Getreidehandel gab der Deutsche Orden. Ernten der riesigen Güter wurden in verschiedenen Komtureien des Landes, vor allem in Marienburg gespeichert; später jedoch im 16. und 17. Jahrhundert spielte vor allem polnisches, litauisches und ukrainisches Getreide die Hauptrolle. Die Danziger Kaufleute handelten in großem Maße mit Getreide: 1492 wurden 25.000 Tonnen Getreide über Danzig verschifft, im Jahr 1618 beispielsweise waren es 232.000 Tonnen. Der Danziger Getreidehandel lief zu dieser Zeit nicht mehr über Lübeck. Danzig verdrängte Lübeck aus dem Getreidehandel. Sie kooperierten unmittelbar mit den Holländern, die den Frachtraum für solch große Mengen günstiger anbieten konnten: „Deshalb veränderte sich die Struktur des Danziger Hafenverkehrs dramatisch. Im Jahre 1476

entfiel jeweils ein Viertel der Schiffsbewegungen auf Fahrzeuge aus Holland und Lübeck. Im Jahre 1583 hatten sich aber die Anteile auf 46 Prozent gegenüber 3 Prozent verschoben“. Wie stark der Handel vor allem in Danzig wuchs, zeigen auch die Schiffszahlen. Gegen Ende des 15. Jahrhunderts waren es knapp 700 Schiffe, die im Hafen ein- und ausliefen, um 1583 waren es bereits 2.230. Die Stadt erlebte vor allem im 16. Jahrhundert einen regelrechten Wirtschaftsboom, also in einer „post-hanseatischen Zeit“, gleichwohl auf dieser gegründet. Dies ist umso erstaunlicher, bedenkt man, dass ein großer Teil des Handelsvolumens in einer Form des „Handels auf Gegenseitigkeit“ beruhte. Kaufleute, die an verschiedenen Handelsplätzen ansässig waren, übernahmen erfolgreich und tatkräftig die zugesandten Handelsgüter und verkauften jene im eigenen Namen. Dies geschah sowohl ohne schriftliche Verträge, als auch unentgeltlich gegenüber anderen, zum Beispiel auswärtigen Handelspartnern. Von Gewinnbeteiligung oder einer Entschädigung konnte nicht die Rede sein. Die Leistungen und die Erträge beruhten auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit. Der Handelspartner konnte also davon ebenfalls auf gleiche Weise profitieren. Die Handelsbeziehungen bestanden nicht unbedingt nur zwischen zwei Kaufleuten. Die hansischen Kaufleute gingen Handelsbeziehungen mit vielen verschiedenen Kaufleuten ein. Selzer bringt hierbei ein Beispiel aus dem Handelsbuch des Danziger Kaufmanns Johann Piß, der in den Jahren 1421 bis 1454 ca. 40 Handelspartner hatte. Die wirtschaftliche Blüte machte die Stadt attraktiv für Zuwanderer, nicht nur aus dem niederdeutschen Raum. Innerhalb der Bürgerschaft war der Anteil der Zuwanderer stets größer als der der Einheimischen. Die Rolle der Zuwanderung war in allen Hansestädten über die Jahrhunderte von großer Bedeutung. Zu bemerken ist, dass in den Hansestädten bis zur Blütezeit die deutsche Bevölkerung in der Überzahl war. So bildeten die Polen und Kaschuben in Danzig des 14. Jahrhunderts lediglich einen Anteil von zehn Prozent an der Stadtbevölkerung. Man muss jedoch eingestehen, dass die Quellenlage in Bezug auf die Zuwanderung mangelhaft ist. Die Auskunft über die Herkunft der Zuwanderer geben die Bürgerannahmelisten, die aber nicht über das 14. Jahrhundert hinausreichen. „Die von den Zuwanderern geführten Herkunftsnamen, die hierfür allein brauchbar sind, bilden durchweg nicht mehr als die Hälfte der Gesamtzahl. Und diese Namen geben uns nicht die Herkunft der Zugezogenen, sondern nur den Ursprungsort seiner Familie an“. Die Sozialstruktur war typisch für mittelalterliche deutsche Städte. Danzig wurde, vor allem vom 14. bis ins 16. Jahrhundert, von den Konflikten zwischen den Patriziern und den Handwerkern geprägt. Die städtische Mittelschicht, die hohe Abgaben zu leisten hatte, forderte beispielsweise ein Mitspracherecht bei den städtischen Finanzen. Angeprangert wurden unter anderem die Bereicherung an städtischen Kassen sowie die Unterdrückung der Armen. Gleiches lässt sich aber für alle anderen Hanse-Städte dieser Zeit sagen. Dort zeigten sich ähnliche Probleme. Wie in den meisten Hansestädten setzte sich das Patriziat in Danzig vorwiegend aus Kaufleuten und Rentner zusammen. Die Kaufleute beherrschten den Rat und die Regierung der Stadt.

Der allmähliche Niedergang der Hanse vollzog sich im 17. Jahrhundert. Der Westen war zunehmend desinteressiert an Holz- und Getreidelieferungen. Auch Waren wie Salz oder Fisch hatten an Bedeutung verloren. Textilprodukte und der Buntmetallhandel lieferten größere Gewinne. Die technische Revolution im Schiffsbau eröffnete die Epoche der aggressiven Expansion in die Neue Welt und die Gründung von Kolonien. Für das Ende der Hanse werden in der Literatur darüber hinaus unterschiedliche Gründe angegeben. Der Dreißigjährige Krieg und die Zersplitterung Deutschlands werden als Ursachen für den Niedergang angeführt; weitere sind der Verfall der unternehmerischen Kräfte, die krisenträchtige Struktur der bürgerlichen Gesellschaft, die Rückständigkeit und Fehlentwicklung der hansischen Wirtschaftspolitik sowie die Ausbildung nationalstaatlicher Wirtschaftssysteme, der Merkantilismus und das Aufkommen von Territorialstaaten. Der Niedergang der Hanse war bereits um 1600 sichtbar geworden: „Doch nicht einfach stärkere äußere Kräfte zerstörten die Hanse, sondern zögerliche, falsche und uneinheitliche Reaktionen auf strukturelle Veränderungen haben den Niedergang herbeigeführt. Zukunftsfähige Entscheidungen zu treffen, fiel den handelnden Politikern der Hansetage schwer, weil es niemals leicht ist, einen erfolgreichen Pfad zu verlassen, der einen in der Vergangenheit zu Erfolg und Prosperität geführt hat“. Das Ende der Hanse veränderte das Selbstbewusstsein der Danziger Kaufleute. Die erfolgreichen Händler fühlten sich nicht mehr als Hanseaten, sondern als Danziger. Die kollektive Identität mit den hansischen Städten verringerte sich und nahm an Bedeutung ab.

Die Geschichte Danzigs als Hansestadt wurde in der bisherigen historischen Forschung in erster Linie aus einer makrogeschichtlichen Perspektive betrachtet. Das Beispiel Danzigs wird oftmals bemüht, um Aussagen über die Hanse und die Hansestädte im östlichen Baltikum treffen zu können. Die im obigen Abschnitt vorangestellte Geschichte der „Hansestadt Danzig“ lässt sich daher nur auf Grundlage von Artikeln und Büchern zu spezifischen Themen und Themenbereichen herausfiltern und zu einem Bild zusammenfügen. Es lassen sich zwar auch mikrogeschichtliche Beiträge zur Geschichte Danzigs in der hansischen Zeit finden, wie etwa der bereits zitierte Artikel von Maria Bogucka, der sich mit Eberhard Ferber, einem Bürgermeister der Stadt Danzig von 1463 bis 1529 beschäftigt; solche Beiträge sind aber selten. Die Fachliteratur umfasst zwar auch verstreut Beschreibungen von demographischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Strukturen und ihren Wandel der Hansestadt im Laufe der Jahrhunderte. Beschrieben werden in Ansätzen sogar Themen wie der Einfluss der Migration auf die gesellschaftliche Struktur der Städte, behandelt wird das Thema der religiösen Toleranz, aber eben vor allem aus dem „gesamthansischen“ Blickwinkel. Die Weitläufigkeit der Themen lässt sich an Gesamtdarstellungen zur Geschichte der Hanse ablesen. Beiträge, die die Geschichte der Hansestadt Danzig aus der Perspektive der Alltagsgeschichte oder Mentalitätsgeschichte betrachten

würden, sind jedoch rar. Generell ist aufgrund der Recherche in den „Hansischen Geschichtsblättern“ und in „Zapiski Historyczne“ zu konstatieren, dass das Interesse an Danzig als Hansestadt bei den Historikern relativ gering ist. Beispielsweise fanden sich in den Hansischen Geschichtsblättern seit 1980 gerade einmal drei Artikel mit Bezug auf Danzig; Ähnliches gilt für „Zapiski Historyczne“.

Der Fokus der derzeitigen Forschung liegt in der deutschen und polnischen Geschichtswissenschaft insbesondere auf dem wirtschaftlichen Netzwerk als solchen. Historiker nehmen hierbei eine strukturfunktionalistische Betrachtungsweise an. Die Hanse ist als ökonomisches, soziologisches und politisches Modell von Interesse. Historiker versuchen nach ihrem Muster ein organisatorisches Modell zu erarbeiten, das die Internationalisierung der Wirtschaft und den Wandel von Produktionsprozessen erfasst; bloße wirtschaftswissenschaftliche Betrachtungen lassen doch gesellschaftshistorische Fragestellungen aus. Spürbar ist bei den wirtschaftsbezogenen Ansätzen die Anknüpfung an die politische Gegenwart, z.B. zur Prüfung des Modells an der Europäischen Union. Ein Beispiel hierfür ist die Veröffentlichung „Hanza wczoraj, dziś i jutro: kierunki współpracy w nowej Europie: materiały z Międzynarodowej Konferencji Naukowej z okazji Dziesięciolecia Wyższej Szkoły Zarządzania w Słupsku“, Słupsk, 2005, Eugeniusz Janowicz, Jan Górawski.

Danzig und die Hanse, ein historischer Blick auf eine alte Beziehung

Tobias Graef, Sebastian Pößnikner

I. Die deutsche Hanse

Bei der Hanse handelt es sich um einen Zusammenschluss deutscher Kaufleute im Ausland, der in der Zeit des Hochmittelalters entstand und schließlich in einen Städtebund mündete, welcher zur Aufgabe hatte, Handelsinteressen seiner Gemeinschaft zu vertreten und den Mitgliedern Schutz zu bieten. Zur Entstehung der Hanse trugen sowohl reichsinterne Faktoren, wie die wachsende Anzahl freier Städte, die Entstehung von Zünften und das Fehlen einer starken Zentralgewalt im Norden des Heiligen Römischen Reichs, als auch externe Faktoren, wie das Fortschreiten der deutschen Ostkolonisation und die zeitgleiche Expansion des norddeutschen Handels, aber auch die Zunahme von Piraterie und Straßenraub entlang der Haupthandelsrouten, bei. Durch ihre bedeutende wirtschaftliche Macht wurde die Hanse auf ihrem Höhepunkt zugleich auch ein wichtiger politischer Partner im Machtgefüge Europas.

Die Ursprünge der Hanse lassen sich bis weit vor das 12. Jahrhundert zurückverfolgen. Deutsche Kaufleute erhielten in verschiedenen Handelsorten im Ausland bestimmte Handelsprivilegien. Neben anderen intensivierten sich seit Ende des 11. Jahrhunderts die Handelsrouten von Russland und Schweden aus entlang der Ostseeküste mit Bernstein, Häuten, Holz, Pech und Pelzen nach den Niederlanden. Lübeck, das später wichtigste Zentrum der Hanse, wurde 1143 von Heinrich dem Löwen und westfälischen sowie niedersächsischen Kaufleuten neu gegründet und 1226 von Kaiser Friedrich II. zur freien Reichstadt erhoben. Weitere wichtige Handelsstützpunkte entstanden in Brügge, Bergen, London, Nowgorod und auf Gotland. Im Jahre 1241 schlossen die führenden Städte einen Vertrag zur gegenseitigen Sicherung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Die genaue Geburtsstunde der deutschen Hanse ist in der Forschung jedoch umstritten.

Im Laufe der Zeit ist der Einfluss und Wohlstand Lübecks wie Hamburgs ein anziehender Faktor geworden, weswegen sich weitere Städte wie Bremen und auch Danzig sowie sonstige Handelsvereinigungen westfälischer-rheinischer, sächsisch-brandenburgischer und preußisch-pommerscher Städte dem Verbund mehr oder weniger fest anschlossen. Doch erst im Jahre 1356 schlossen sich auf dem ersten Hansetag in Lübeck die einzelnen Hansens offiziell zu einem förmlichen Bund zusammen (Bund „van der düdeschen hanse“). Auf dem im Jahre 1358 stattfindenden Hansetag wandelte man die Kaufmannshanse in eine Städtehanse um („steden van der düdeschen hanse“). Die genaue Abgrenzung ist jedoch umstritten. Bald setzte sich die Hanse

in ihrem Kern aus über 58 Städten zusammen, in ihrer Blütezeit waren es mehr als 100 Städte, darunter auch Binnenstädte wie Magdeburg, Breslau und Krakau. Die einzigen nicht städtischen Mitglieder der Hanse waren der Deutsche Orden und die Bauernrepublik Dithmarschen.

Die Hanse hatte ihre Kontore in den großen Städten Europas wie Brügge, Antwerpen, London, Bergen und Nowgorod. Doch neben einer wirtschaftlichen Macht stellte die Hanse auch eine politische Macht dar, die sie zu nutzen verstand. Die erste bedeutende politische Aktion der Hanse erfolgte 1367, als sie sich mit anderen Städten, darunter auch Danzig und Elbing sowie Holstein, Mecklenburg und Schweden zu einem förmlichen Kriegsbündnis (Kölner Konföderation) gegen Dänemark zusammenschloss und Kopenhagen, Schonen und Hälsingborg eroberten. Im Frieden von Stralsund 1370 musste Dänemark daraufhin der Hanse Privilegien garantieren und für 15 Jahre die Sundschlösser samt Zolleinnahmen übereignen. Dieser Sieg gilt als der Höhepunkt der politischen Macht der Hanse. Der Frieden führte zu einer langen Blütezeit der Hanse, die ihren Höhepunkt gegen Ende des 14. Jahrhunderts erreichte. Es wurden neue Handels- und Kulturzentren in Nordosteuropa errichtet, die zur Entwicklung von Infrastruktur und Landwirtschaft, Handwerk und Kunst beitrugen.

Zwar oblag dem Rat der Stadt Lübeck die Führung der Hansepolitik, da die Hanse jedoch ein lockerer Städteverband ohne feste Verfassung war, kam dem sog. Hansetag, die Hauptversammlung der Mitglieder, die wichtigste innenpolitische Bedeutung zu. Es gelang den Hansestädten jedoch nie eine zentralisierte effektive Organisationsstruktur aufzubauen, weswegen es oftmals zu regionalen Interessenkonflikten kam, die letztlich auch zum Zusammenbruch des Bundes führten. Dieser Auflösungsprozess begann ab dem Ende des 15. Jahrhunderts und wurde einerseits durch die Entdeckung Amerikas und neuer Seehandelsrouten nach Indien, die den Handel verlagerten, sowie andererseits durch die Expansion der englischen und niederländischen Seemacht beschleunigt. Die Hanse hatte 1630 noch eine Vielzahl von Mitgliedern, erst nach dem Hansetag von 1669 bleiben diese Städte übrig und existierte so noch fast vierzig Jahre lang. Im Jahr 1669 fand der letzte Hansetag statt, auf dem nur noch neun Städte vertreten waren.

II. Danzig und die Hanse

Danzig, das seit den 1220er Jahren verstärkt das Ziel hansischer, vor allem Lübecker Koggen war, erlangte seine europäische Bedeutung im Mittelalter vor allem als Handels- und Seefahrerstadt. Aus den frühen Handelsbeziehungen Danzigs zu Lübeck stammt die älteste Originalurkunde mit dem Danziger Siegel, das die typische hochbordige Hansekogge zeigt. Spätestens 1368 aber gab es ein neues Siegel, auf dem zwei übereinander stehende Kreuze zu sehen waren. Das Zeichen kaufmännischer Unabhängigkeit wich einer Darstellung, die des Deutschen Ordens Herrschaft über Danzig symbolisierte. Das mit diesem Zeichen versehene Brotbänkentor ist bis heute

erhalten. Danzig, ein alter pommerellischer Fürstensitz, lag für Kauf- und Handelsleute im Weichseldelta günstig. Die Weichsel war der wichtigste Handelsweg, auf der seit dem 13. Jahrhundert verstärkt schwere Güter wie Asche, Getreide, Holz, Kohle, Pech und Teer transportiert wurden. Stromaufwärts nahmen die Boote Fisch und Salz mit, später auch Importwaren aus Flandern und dem Rheinland. Auch war Danzig Knotenpunkt der Landwege westwärts über Stargard und Schwetz nach Gnesen und Posen sowie über Stolp nach Stettin und nach Osten in Richtung Preußen über Dirschau. Der Warenumsatz in Danzig stieg rasch, was die Stadt immer fester in den internationalen Handel einband, wie Funde von byzantinischer Seide, englischen Tuchen und sächsischem Glas belegen. Aus Danzig nahmen Schiffe Getreide, Holzprodukte, Honig, Wachs, Felle und Pelze mit sowie auch Bernstein und Bernsteinerzeugnisse. Spätestens seit der Wende zum 12. Jahrhundert war Danzig ein bedeutendes Zentrum der handwerklichen Produktion, hundert Jahre später ein für die damalige Zeit großer Siedlungskomplex (Rechtstadt, Altstadt, Jungstadt, Hakelwerk, Vorstadt) mit schätzungsweise 3000 bis 4000, vielleicht sogar bis zu 10 000 Einwohnern; um 1430 dürften es doppelt so viele gewesen sein. Damit wuchs Danzig im 14. und 15. Jahrhundert rasant binnen kurzem neben Lübeck zur größten Stadt an der Ostsee heran. Seuchen und Hungersnöte, die immer wieder auch Danzig heimsuchten, konnten diesen Aufschwung nicht gefährden.

Die Einwohnerschaft der Rechtstadt differenzierte sich schnell und bereits im 14. Jahrhundert bildete sich eine städtische Elite heraus, ein aus einigen Dutzend Familien bestehendes Patriziat. Zur Sitte gehörte es ein Haus an der Langgasse oder am Langen Markt zu besitzen sowie Mitglied der rittertugendhaften Georgsbrüderschaft zu sein. Diese errichtete in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts am Langen Markt ihr Versammlungshaus, den Artushof.

Als sich die westeuropäische Wirtschaft nach der großen Pestepidemie erholte, stieg die Nachfrage nach den Hauptexportprodukten des Ostseeraums kontinuierlich. Das qualitativ hochwertige Holz wurde für den Schiffbau benötigt und Getreide war für die rasch wachsenden Städte der Niederlande, aber auch Englands von Bedeutung. Es entstanden die Grundlagen einer immer enger werdenden wirtschaftlichen Verflechtung zwischen dem Zentrum Europas und seiner Peripherie.

Danzig war wie dazu geschaffen, diese Nachfrage zu stillen. Zum einen war seine Verkehrslage günstig, zum anderen stand aufgrund der ökonomischen Veränderungsprozesse sowohl im Ordensstaat wie auch in Polen ein entsprechendes Angebot zur Verfügung. Die für das Wachstum Danzigs selbst entscheidende Versorgung mit Nahrungsmitteln wurde durch die vom Orden systematisch vorangetriebene Trockenlegung und Besiedlung der Weichselanrainer mit ihren höchst fruchtbaren Böden verbessert. Gleichzeitig wirkte sich die Stabilisierung der politischen Lage in Polen durch die lange Regierungszeit von Kasimir dem Großen (1333-1370) positiv aus. Die großen Gewinnspannen, die das enorme Preisgefälle zwischen West- und Osteuropa bot, lockten alle Beteiligten: einheimische Kaufleute, den Deutschen Orden, ausländische Händler aus dem Westen und natürlich Polen.

Seit den 1330er Jahren ließen sich in großer Zahl Kaufleute in Danzig nieder. Sie knüpften rasch ausgedehnte Handelskontakte. Im Handelsaustausch mit Polen überflügelte Danzig Anfang des 15. Jahrhunderts die Konkurrenz von Thorn und dem Orden. Die Kaufleute Danzigs richteten ihr Augenmerk auch über das Meer. Erleichtert wurde dies durch die intensiven Kontakte mit den Bürgern anderer Ostseestädte, aus denen viele Danziger ja zugewandert waren. Das Gefühl, eine Gemeinschaft mit den Städten der Region zu bilden, wurde durch die Hanse bestärkt. Beim ersten hansischen Städtetag waren die preußischen Städte noch nicht durch Danzig vertreten. Ab 1377 ist Danzig dann bei jedem Hansetag vertreten.

Die Hanse bot den Kaufleuten hervorragende Möglichkeiten für den Kauf und den Absatz von Waren. Zum Beispiel in Schonen, dem damals zu Dänemark gehörenden Süden Schwedens, vor dessen Küsten gewaltige Heringsschwärme lebten. Die Hanse genoss hier besondere Privilegien; seit 1368 besaßen die preußischen Hansestädte in Schonen eine eigene Niederlassung, wo Heringe gesalzen und in Fässer abgefüllt wurden. Die haltbaren Salzheringe gehörten zu den wichtigsten Danziger Handelsgütern und waren eine Einnahmequelle für viele Bürger, den Schonenfahrern. Auch das Londoner Kontor, der Stalhof, war für die Danziger Kaufleute ein wichtiger Anlaufpunkt. Sie brachten Holz und Holzprodukte an die Themse, unter anderem für die berühmten Langbögen des englischen Heeres. Westeuropäische Kaufleute ließen sich in Danzig sogar mit ihren Familien nieder. Sie übernahmen einen Großteil des Tuchhandels, kauften in Polen und Litauen Holz und gaben auf den Danziger Werften den Bau von Schiffen in Auftrag.

Lübeck war für den Handel der Hanse von elementarer Bedeutung, da bis ins beginnende 15. Jahrhundert ein Großteil des Ostseehandels hier umgeladen wurde. Lübeck lieferte unter anderem Lüneburger Salz in den Ostseeraum. Seit dem 15. Jahrhundert intensivierte sich der Handel mit den Niederlanden: Die Holländer brachten Heringe, Salz und Tuche nach Danzig und kauften Holz und Getreide. Damit wurden sie zu einer immer größeren Konkurrenz für Lübeck und die Hanse. Danzig hielt mit der Zeit, wie andere Hansestädte auch, einen großen Jahrmarkt ab: jedes Jahr am 5. August fand auf dem Holzmarkt und dem Kohlenmarkt der Dominik-Jahrmarkt statt, der bis ins 20. Jahrhundert Besucher aus Nah und Fern nach Danzig zog und heute als Touristenattraktion weiterlebt.

Der Beitritt zur Hanse brachte jedoch neben den Vorteilen auch Pflichten mit sich, die das junge Danzig im 14. Jahrhundert zwangen, sich in die europäische Politik einzuschalten. So erstmals, als in den 1360er Jahren die Hanse gegen Dänemark vorging, das den Handel der Städte zu stören drohte. Die zur Kriegsführung benötigten Mittel wurden durch die Erhebung eines Pfundzolls auch in Danzig finanziert. Auch stellte es Mitglieder für die hansische Besatzung von Stockholm (1395/1396), im Jahr 1396 Bewaffnete für eine Expedition nach Gotland, von wo aus die von Mecklenburg unterstützten Vitalienbrüder die Ostsee unsicher machten. Hierhin zog auch 1398 und 1404 eine von den preußischen Städten und dem Deutschen Orden ausgerüsteten Flotte, an der sich die Danzig mit Schiffen beteiligte, in den Krieg.

1468 kam es zu einem Zerwürfnis zwischen der Hanse und England, das durch die Beschlagnahme mehrerer englischer Schiffe durch Danziger Seeleute, die im Dienst des Dänenkönigs waren, entstand. Aus Sicht Londons war die Stadt Danzig und damit bei der Hanse verantwortlich, woraufhin der Stalhof geschlossen und auch Danziger als Hanseaten gefangengesetzt wurden. Danzig beschloss daraufhin ein Einfuhrverbot für englische Tuchwaren, und gleich darauf begann der Seekrieg der Hanse gegen England. Erst 1474 schlossen beide wieder Frieden.

Nach diesem Krieg blühte der Handel wieder auf und Danzig entfaltete sich in jenen Jahren zu einem der ersten Handelshäfen Europas. Haupteinfuhr an Gütern waren Tuche aus England und den Niederlanden, Heringe aus Schonen, schwedisches Eisen daneben Felle, Obst, Öl, Wein und Wachs. Exportiert wurde zumeist Holz und Getreide an erster Stelle, dann Teer, Flachs und Hanf.

Die Mitgliedschaft Danzigs in der Hanse hatte für Danzig eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Allerdings begann Danzigs Aufstieg zur größten Handelsmetropole an der Ostsee erst im 16. Jahrhundert als die Hanse bereits politisch wie wirtschaftlich bedeutungslos wurde.

Literatur:

Philippe DOLLINGER, Die Hanse, Stuttgart, 5. Aufl., 1998.

Gisela GRAICHEN, Rolf HAMMEL-KIESOW, Die Deutsche Hanse, Reinbek 2011.

Peter Oliver LOEW, Gdańsk. Przewodnik literacki: osiem spacerów po Gdańsku, Gdańsk 2013.

Heinz STOOB, Die Hanse, Wiesbaden 2003.

Der letzte Hansetag von 1669 und die Rolle der Stadt Danzig

Simon Reischmann, Konrad Zrenner

Der Hansetag oder die gesamthansische Tagfahrt war die Hauptversammlung der Hansestädte. Erstmals ist er für 1356 in Lübeck überliefert und wurde in der Folge in unregelmäßigen Abständen – durchschnittlich alle drei Jahre – an wechselnden Orten einberufen. Der Hansetag war das Entscheidungsorgan der Hanse. Hier wurden verschiedenste Angelegenheiten verhandelt und beschlossen. Dazu zählten etwa die Ratifizierung von Verträgen oder Handelsprivilegien, Verhandlungen mit ausländischen Städten oder Herrschern, die Bestellung von Gesandten, Beschlüsse über finanzielle oder militärische Maßnahmen, wirtschaftliche Vorschriften, die Aufnahme und der Ausschluss von Städten aus der Hanse und die Schlichtung von Konflikten zwischen Hansestädten. Eröffnet wurden die Hansetage mit einem gemeinsam begangenen Gottesdienst aller Gesandten. Danach zogen diese in einem repräsentativen Umzug in das Rathaus der gastgebenden Stadt ein. Während der eigentlichen Beratungen nahmen die Delegierten, nach einer der Bedeutung der einzelnen Hansestädte folgenden Sitzordnung, Platz. Allerdings symbolisierte die Anordnung der Tische, in Hufeisenform und auf gleicher Höhe, deren rechtliche Ebenbürtigkeit. Auch wurden Beschlüsse nur einstimmig gefasst. Seit 1361 endete der Hansetag mit dem sogenannten Hanserezess, einem schriftlichen Protokoll, in dem die Beschlüsse festgehalten wurden. Diese Rezesse wurden in den Kontoren der Hanse öffentlich bekannt gegeben und sollten sich auch in der Politik der einzelnen Hansestädte widerspiegeln. Letzteres war nicht immer der Fall, da die Rezesse nicht in allen Punkten von den einzelnen Städten angenommen wurden.

Neben den Hansetagen gab es Regionaltage, auf denen Angelegenheiten beraten wurden, die nicht alle Hansestädte betrafen. So konnten sich die nichtbeteiligten Städte die kostspielige Entsendung ihrer Delegationen sparen. Der bevollmächtigte Ratssendebote der Stadt reiste schließlich mit mehreren Dienern und mehreren Pferden an. Bei einer durchschnittlichen Dauer der Hansetage von 33 Tagen stellten Kost und Logis für die Delegation einen nicht unerheblichen Kostenfaktor dar.

Von 1566 bis 1669 wurden nur mehr sechs Versammlungen einberufen. Der allmähliche Niedergang der Hanse spiegelt sich somit auch in der Zahl der Zusammenkünfte wider. Ein geplanter Hansetag im Jahr 1668 etwa wurde nur als Kommunikationstag bezeichnet, da nur fünf Hansestädte Ratssendeboten entsandt hatten. Auch Danzig stellte keinen Gesandten, da es sich wegen der Unruhen in Polen dazu nicht in der Lage sah. Von Seiten der Hanse suchte man der geringen Bereitschaft, an den Versammlungen teilzunehmen, mit Härte zu begegnen und die Mitglieder

zur Geschlossenheit aufzurufen. So sollte jede Stadt, die für das Jahr 1669 keinen Vertreter entsenden würde, aus der Hanse ausgeschlossen werden. Es zeigte sich jedoch, dass selbst diese Drohung wirkungslos blieb. Zahlreiche unter der Herrschaft Schwedens stehende Städte verzichteten auf eine Vertretung unter der Begründung hieraus mehr Vorteile als aus der Gemeinschaft der Hanse zu erlangen. Einige Städte erachteten es nicht einmal für notwendig ihre Absage anzuzeigen. Dies galt etwa für die Städte Dorpat, Elbing, Königsberg und Reval, die traditionell durch Danzig einberufen wurden.

Auch Danzig selbst zögerte mit einer Zusage, da für 1669 zeitgleich zum Hansetag ein polnischer Wahlreichstag (Sejm elekcyjny) zur Wahl des künftigen polnischen Königs angesetzt worden war. Doch gerade für Danzig hatten die wirtschaftlichen Vorteile durch die Hanse einen hohen Stellenwert. Die Stadt lag im 17. Jahrhundert an der Spitze der Ostseehäfen, was die Zahl der einlaufenden Schiffe und der umgesetzten Warenmenge betraf. Im Transport von polnischem und preußischem Getreide nach Westen erreichte Danzig zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges ihren wirtschaftlichen Höhepunkt. Sogar während des Krieges betrieb Danzig noch beträchtlichen Handel und galt als Kornspeicher Europas, wenn auch eine stetig schwindende Bedeutung des Ostseehandels zu konstatieren ist.

Schließlich waren zur Eröffnung des Hansetags im Lübecker Rathaus am 29. Mai 1669 nur acht Gesandte für neun Städte zugegen. Dies verdeutlicht den Bedeutungsverlust der Hanse, bedenkt man ihre einstige Größe mit zeitweise über 200 Mitgliedern. Neben dem Gastgeber Lübeck, waren Ratssendeboten aus Hamburg, Bremen, Danzig, Braunschweig und Köln gekommen. Der Braunschweiger Bevollmächtigte vertrat auch die Interessen Hildesheims, Rostock und Osnabrück wurden durch einen Syndikus und einen Ratsherrn aus Lübeck vertreten.

In den nächsten Tagen trat man zu insgesamt 18 Sitzungen im Lübecker Rathaus zusammen. In den Beratungen wurden verschiedenste Themen angesprochen, wobei der Anteil Danzigs daran im Folgenden besonders berücksichtigt werden soll.

Trotz der geringen Teilnehmerzahl hatte keine der anderen Städte einen Verzicht auf die Mitgliedschaft erklärt, noch hatten diese gewichtige Sanktionen zu befürchten. Immerhin merkte der Danziger Gesandte und Ratsherr Christian Schröder an, Hansestadt könnte nur sein, wer in der Lage sei, ohne Erlaubnis seiner jeweiligen Obrigkeit, Bevollmächtigte auf einen Hansetag zu schicken. Ein weiterer Vorstoß von Seiten Danzigs war die Umsetzung eines Kompendiums von hansischen Statuten und Ordnungen, das bereits 1604 festgelegt worden war, und von allen Beteiligten wohlwollend unterstützt wurde.

Angesichts der Erfahrung des Dreißigjährigen Krieges gab es Bestrebungen, ein Verteidigungsbündnis zu schließen. Geplant war ein Beistandspakt, der die Unterstützung der Mitglieder für eine angegriffene Hansestadt vorsah. Über die jeweils zu leistenden Kontingente und Geldbeträge wurde verhandelt und man erwog auch bedeutende und leistungsfähige Reichsstädte außerhalb der Hanse in ein solches Bündnis

mit einzubeziehen.

Ein Wiederaufbau des Stalhofs, dem Kontor der Hanse in London, der 1666 beim Stadtbrand ein Raub der Flammen geworden war, wurde allgemein befürwortet. Lediglich Danzig wandte ein, ob man den Grund nicht unter Beibehalt der hansischen Privilegien und Rechte an die englische Krone verkaufen sollte. Auch wenn hierauf nicht näher eingegangen wurde, gab es doch die Meinung, dass der Nutzen des Londoner Stützpunkts nur mehr ein geringer sei. Die Verhandlungen über die Finanzierung des Vorhabens gestalteten sich daher sehr schwierig und mehr als eine Absichtserklärung wurde nicht erreicht.

Eine delikate Angelegenheit bildete die Frage der Finanzierung der gemeinsamen Ausgaben der Hanse. Außer Bremen, Hamburg und Lübeck hatten alle Hansestädte noch ausstehende Beiträge zu entrichten. Danzig etwa hatte zuletzt 1628 eine Zahlung getätigt. Doch eine Reform, die sich bei der Bemessung der Jahresbeiträge stärker an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Mitglieder orientieren und eine Nachzahlung der Rückstände regeln sollte, wurde auf einen künftigen Hansetag verschoben. Die Gesandten gingen demnach durchaus von weiteren Zusammenkünften und einem Fortbestand der Hanse aus.

Die eigentliche Domäne der Hanse, der Handel, war erstaunlicherweise kaum Bestandteil der Diskussionen. Die Laufzeit eines Handelsvertrags mit Frankreich von 1655 wurde um weitere 15 Jahre verlängert. Über Maßnahmen zur Steigerung des Handels wurde erst in der letzten Sitzung gesprochen, in welcher man lediglich übereinkam, auf bessere Zeiten an Nord- und Ostsee zu warten.

Schwierig gestaltete sich bei den Verhandlungen die oftmals geringe Handlungsfreiheit der Gesandten. So wollte der Danziger Ratssendebote den hansischen Syndikus für Den Haag nicht bestätigen und behielt sich eine abweichende Entscheidung seines Stadtmagistrats vor. Ähnliches galt für die Abfassung des Hanserezesses. Die Ratssendeboten gaben vielfach vor, für eine verbindliche Zustimmung reichten ihre jeweiligen Vollmachten nicht aus. In der Schlussitzung am 11. Juni konnte so trotz lebhaftester Debatten in keinem Punkt ein einstimmiger Beschluss gefasst werden.

In den Augen der Zeitgenossen war damit aber noch kein Ende der Hanse erreicht. So forderte Kaiser Leopold I. noch 1684 und 1687 Lübeck dazu auf, einen Hansetag einzuberufen, um einen Beitrag zur Finanzierung des Krieges gegen die Türken zu leisten. Doch der Hansetag von 1669 sollte als Letzter in die Geschichte eingehen. Ein enger Bund bestand allerdings zwischen den Hansestädten Lübeck, Hamburg und Bremen fort. Sie unterhielten in der Folge eine gemeinsame Vertretung beim Kurfürsten von Brandenburg. Dennoch kam dieser Troika mit der Auflösung des Kontors in Bergen 1774, dem Verkauf des Stalhofs in London 1852 sowie dem Oosterhaus in Antwerpen 1862, gleichsam die endgültige Abwicklung der Hanse zu. Die gemeinsame Vertretung der drei verbliebenen Hansestädte in Berlin wurde erst 1920 geschlossen.

1980 wurde die Idee der Hanse als einem freiwilligen Zusammenschluss zum gegenseitigen Nutzen wiederbelebt. Von einstigen Hansestädten wurde der „Städtebund Die Hanse“ mit dem Ziel der Förderung des Handels und des Tourismus ins Leben gerufen. Mit 183 Städten in 16 Ländern ist sie heute die größte freiwillige Städtegemeinschaft der Welt. Seit Gründung des Verbandes findet jährlich in einer der Mitgliedsstädte der Internationale Hansetag statt. Auch Danzig knüpft hier an seine Tradition an: Es war erstmals 1997 Gastgeber des Hansetags der Neuzeit und wird es 2024 erneut sein.

Literatur:

Philippe DOLLINGER, Die Hanse, Stuttgart, 6. Aufl., 2012 (neu bearbeitet von Volker Henn und Nils JÖRN).

Gisela GRAICHEN (Hg.), Die Deutsche Hanse. Eine heimliche Supermacht, Reinbek bei Hamburg 2001.

STÄDTBUND DIE HANSE, Internetauftritt, URL: <http://www.hanse.org/> (24.06.2014).

Adolf WOHLWILL, Die Verbindung der Hansestädte und die hanseatischen Traditionen seit der Mitte des 17. Jahrhunderts, in: Hansische Geschichtsblätter 27 (1899), S. 2–62.

Die Hanse und der Deutsche Orden

Bernhard Fuchs, Kathrin Pindl

Der Deutsche Orden entstand zur Zeit der Kreuzzüge ins Heilige Land um das Jahr 1190 bei der Belagerung von Akkon als Orden der Brüder vom Deutschen Haus in Jerusalem. Mit der Zurückdrängung der Kreuzfahrer durch die Mameluken wurde der Orden im Römischen Reich aktiver, wo er zahlreiche Stiftungen erhalten hatte. Herzog Konrad von Masowien rief 1230 die Ordensbrüder an die Ostsee, wo sie die noch heidnischen Prussen (Preußen) und Litauer mit Gewalt missionieren sollten. Innerhalb kurzer Zeit konnte der Deutsche Orden dort seine Position ausbauen, gründete mehrere Städte, unter anderem Thorn 1231 und Königsberg 1255. Lettland, Kurland und Estland fielen zeitweise auch unter die Kontrolle des Ordens. Seinen Hauptsitz verlegte der Deutsche Orden 1309 von Venedig auf die Marienburg bei Danzig. Von hier aus regierte der Hochmeister des Ordens den baltischen Staat, der sich von Thorn im Süden bis Reval/Tallinn im Norden erstreckte. Doch geriet der Orden zunehmend in Konflikt mit dem König von Polen. Nach der Schlacht von Grünwald (später Tannenberg) 1410 ging der Einfluss des Ordens zurück, 1457 musste die Marienburg dem polnischen König überlassen werden, der Hochmeister ließ sich in Königsberg nieder, bis 1525 Albrecht von Brandenburg den Ordensstaat in ein evangelisches Herzogtum umwandelte. Damit endete die Macht des Deutschen Ordens an der Ostsee, die verbliebenen Territorien im Reich wurden nun von Mergentheim aus verwaltet.

„Obwohl sie eine Vereinigung von Städten war, gehörte zu den Mitgliedern der Hanse ein Fürst – ein einziger: der Hochmeister des Deutschen Ordens“ schrieb Philippe Dollinger in seinem Werk über die Deutsche Hanse. Dieser wichtige Aspekt der Hansesgeschichte wurde auf unserer Exkursion am Dienstag im Rahmen der Besichtigung der Marienburg in den Blick genommen. Die Marienburg war von 1309 bis 1457 Sitz des Hochmeisters des Deutschen Ordens.

An den Besuch des Staatsarchivs Elbing anschließend, das auf der Marienburg ansässig ist, vertieften wir uns in einer detaillierten Führung in die Geschichte der Burg und des Ordens. Unterhalb der eigentlichen Hauptburg liegen im so genannten Mittelschloss die architektonisch herausragenden Räume des Hochmeisters, darunter der prächtige Sommerremter mit seinem auf einem Mittelpfeiler ruhenden Fächergewölbe. Mit dem Winterremter und dem Großen Remter bildet er ein Hauptwerk der mittelalterlichen Schlossarchitektur, vor allem da er als einziger Teil der Buranlage nie zerstört wurde. Das Hochschloss selbst bestand schon vor 1309 als für den Orden charakteristische rechteckige Anlage, wurde im Zuge der Bedeutungszunahme der Burg jedoch massiv ausgebaut. Leider erlitt gerade dieses Gebäude während des 18. Jahrhunderts und dann im Zweiten Weltkrieg schwere Veränderungen und

Zerstörungen. In ihm besuchten wir den Kapitelsaal, die Kapelle, die Schlafsäle der Ordensritter und konnten uns auf diese Weise eine Vorstellung vom Leben der geistlichen Ordensritter und der Bedeutung des Ordensstaates machen.

Auch in Danzig selbst ließen sich zahlreiche Spuren des Deutschen Ordens erkennen. 1308 hatten die Ordensritter, nachdem es zwischen dem Markgrafen Waldemar von Brandenburg und dem polnischen König Władysław I. zum Streit über den Besitz von Danzig gekommen war, nach einem polnischen Hilferuf die Stadt erobert und sodann in ihren Staat einverleibt. Durch den Aufschwung des Handels im Verbund mit der Hanse kam es zu einer ersten Blütezeit der Stadt, die sich im Bau des Rechtsstädtischen Rathauses, das freilich zahlreichen späteren Umbauten unterworfen war, und der Errichtung der Marienkirche als größte mittelalterliche Backsteinkirche manifestierte.

Jedoch war der Deutsche Orden bei den Bürgern der Stadt Danzig unbeliebt und 1454 konnte sich Danzig von der Herrschaft des Ordens wieder befreien, als es sich im Preußischen Bund mit Elbing und Thorn dem Schutz des Polnischen Königs unterstellte.

Ob der Hochmeister tatsächlich selbst Mitglied der Hanse war, ist in der Forschung umstritten, zweifellos waren aber die Kaufleute der Städte im Ordensstaat, also Danzig, Elbing, Thorn, Königsberg, auch Riga und Reval, die zeitweise dem Orden unterstanden, Mitglieder der Hanse. Sie handelten vor allem mit Getreide, Bernstein, Fellen, den Waren aus Ostmitteleuropa und brachten im Gegenzug Tuche und andere Waren aus dem Westen ins Baltikum. Von diesen umfangreichen Handelsströmen profitierte auch der Ordensstaat, der sich vor allem an den Steuereinnahmen erfreuen konnte. Gleichwohl handelten einzelne Ordensritter ebenfalls mit Gütern und nahmen die Hanseprivilegien in West- und Osteuropa in Anspruch. Für die Wirtschaftsmacht des Ordens in der deutschen Hanse war das Bernstein-Privileg maßgeblich, das es dem Orden ermöglichte, sämtliche Bernsteinvorkommen an der baltischen Küste zu verarbeiten und zu verkaufen.

Die preußischen Hansestädte unter ihrem Vorort Danzig waren nicht nur auf den allgemeinen Hansetagen, die zumeist in Lübeck stattfanden, vertreten. Sie hielten auch eigene preußische Tagfahrten ab, auf denen sich ihre Gesandten trafen, und besprachen dort regionale Probleme oder ein gemeinsames Vorgehen bei den Hansetagen.

Literatur:

Philippe DOLLINGER, Die Hanse, 5. Aufl., Stuttgart 1998, S. 123
 Gisela GRAICHEN, Rolf HAMMEL-KIESOW, Die Deutsche Hanse, Reinbek 2011.
 Christofer HERMANN, Marienburg. Schloss- und Stadtführer, Olsztyn 2010.
 Zenon NOWAK, JANUSZ TANDECKI (Hgg.), Die preußischen Hansestädte und ihre Stellung im Nord- und Ostseeraum des Mittelalters, Toruń 1998.

Das Kulturprogramm

Roman Smolorz

Die Städte Danzig und Marienburg sind architektonisch beeindruckend und historisch interessant. Folglich ist die Besichtigung zahlreicher Orte an den späten Nachmittagen nicht nur eine Pflichtveranstaltung gewesen, um den Förderern gerecht zu werden: der Sanddorf-Stiftung in Regensburg und der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit. Vielmehr ging das Bedürfnis, sich diese von Regensburg aus betrachtet weit entfernte Städte im Ostseeraum anzusehen, von den Studierenden aus.

In Danzig begegnet man hanseatischer Geschichte genauso oft wie zeitgeschichtlichen Denkmälern. Gerade in der Architektur manifestiert sich das stark. Die Rechtstadt – das alte Stadtzentrum – mit mehreren Toren, dem typischen Artushof, der auf 1380 datiert und dem Rathaus mit dem Danziger Neptunbrunnen sind zahlreiche Zeugnisse für die wirtschaftliche und kulturelle Stärke der Danziger Bürgerschaft.



Links: Langgasse mit dem sog. Goldenen Tor

Rechts: Marienkirche, einst evangelisch, heute katholisch

Unten links: Das Krantor, Wahrzeichen Danzigs

Unten rechts: Danziger Wohnhäuser, die Ostsee-architektur



In Danzig Oliva besichtigte die Gruppe im Anschluss an den Besuch des Erzbischöflichen Archivs das Zisterzienserkloster, das auf 1186 datiert, und den Dom zu Oliva. Hier wurde der Vertrag von Oliva (Pax Oliviensis) am 3. Mai 1660 zwischen Kaiser Leopold I., Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg, König Karl XI. von Schweden und König Johann II. Kasimir von Polen-Litauen unterzeichnet. Dies geschah in einem separaten, damals hinzugebauten Raum, weil die ungläubigen Schweden das katholische Kloster nicht hatten betreten dürfen.



„Vater unser“ in Kaschubisch“
Tafel im Dom zu Oliva von 2004



Das Innere des Doms mit Blick auf die Orgel,
gebaut von Johann Wilhelm Wulff
(1763–1788)

Danzig wurde im Laufe der Jahrhunderte immer wieder infolge von Kriegen in Mitleidenschaft gezogen. Als die Freie Stadt von Napolens Gnaden wurde Danzig von russisch-preußische Truppen 1813 knapp ein Jahr belagert mit, katastrophalen Folgen: etwa 6.000 tote Zivilisten, umfangreiche Zerstörungen und eine hohe Überschuldung.

Die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges wurden den Studierenden ganz bewusst, als sich herausstellte, dass das Hotel, in dem die Gruppe untergebracht war, eines der wenigen Gebäuden ist, das – mit Einschränkung freilich – im Krieg unzerstört geblieben war.



In diesem Gebäude war die Regensburger Archivgruppe untergebracht – hier ist gegenwärtig das Hotel Królewski untergebracht

Auf den Spuren dieses für die deutsch-polnischen Beziehungen so lastenden Zweiten Weltkrieges suchte die Gruppe die Westerplatte auf, den Ort, an dem dieser Krieg mit dem deutschen Beschuss vom Kadettenschulschiff der deutschen Kriegsmarine, der „Schleswig-Holstein“, begonnen hatte.



Denkmal für die polnischen Verteidiger von Westerplatte

Der Zufall, dass sich das Staatsarchiv Elbing – und Elbing war eine Hansestadt – auf der Marienburg befindet, dem Sitz des Großmeister des Ordens der Brüder vom Deutschen Haus Sankt Mariens in Jerusalem, kurz Deutscher Orden genannt, ermöglichte der Gruppe einen Einblick in die mittelalterliche Geschichte des Prussenlandes, später Preußen genannt. Die Beziehungen des Deutschen Ordens zur Hanse wurden hier an anderer Stelle besprochen, wichtiger ist darauf hinzuweisen, dass die Studierenden auf zwei unterschiedliche politische, wirtschaftliche und kulturelle Gebilde des Mittelalters von europäischem Rang blicken konnten. Der Ordensstaat war in Europa einmalig, weil nicht verschuldet, unterstand unmittelbar dem Papst, war kein Teil des deutsch-römischen Reiches, also er war im säkularen Bereich in der Tat souverän. Dieser Ordensstaat prägte im Nachhinein die Geschichten mehrerer späterer Nationalstaaten im Baltikum.



Blick auf die Marienburg vom Fluss Nogat



Der Großsaal auf der Hochburg

Das Begleitprogramm vermittelte den Studierenden insgesamt viele Informationen zur polnischen, deutschen und deutsch-polnischen Geschichte, schärfte den Blick auf ihre europäische Dimension und ergänzte das Fachwissen über polnische Archive und die darin aufbewahrten Bestände deutscher Provenienz um das Allgemeinwissen, studieren doch alle Teilnehmer an einer philosophischen Fakultät, in der es selbstverständlich sein muss, über das Fachwissen des eigenen Faches hinauszuschauen.

Schlusswort

Die Neugier und der Wille, mit welchen sich in den letzten drei Jahren die Studierenden der Universität Regensburg der Archivkunde und den Historischen Hilfswissenschaften im Rahmen der stattgefundenen Archivkurse widmeten, erfreuten die Organisatoren, deuten aber zugleich darauf hin, dass diese Fächer im universitären Alltag zu kurz kommen.

Aus den Diskussionen im Kreis der Teilnehmer geht die Erkenntnis hervor, dass Archivkurse nicht nur für Studierende, sondern vielmehr für Doktoranden und den sog. Mittelbau an der Universität allgemein anzubieten wären, trügen doch Archivkurse auf diese Weise dazu bei, theoretische und insbesondere praktische Zugänge zur Archivarbeit zu ermöglichen.

Daher steht nun offen, ob und in welcher Form der Archivkurs, wie er sich in den letzten drei Jahren als ein sehr kleines aber feines Format etablierte, in Zukunft wiederholt wird. Die bisherigen Organisatoren unterstützen indes die Ideen der Studierenden und Doktoranden/Dozenten, bis Ende 2014 an einem endgültigen Format eines Archivkurses zu arbeiten, welcher in Zukunft weiteren Kommilitoninnen und Kommilitonen zugutekommen sollte. Sie regen jedoch mit Nachdruck an, Archivkurse erweitert um Bibliothekswissenschaft als Fortbildungsmaßnahme den magistris et scholaribus zugleich anzubieten.

Dr. Heinrich Wanderwitz und Dr. Roman Smolorz
Regensburg, Juli 2014

Autoren

Izabela Maria Błaszczuk: Studierte von 2005 bis 2010 Polnische Philologie und Politikwissenschaft an der Universität Regensburg. Dort ist sie zurzeit Assistentin am Lehrstuhl für Slavische Sprach- und Kulturwissenschaft von Prof. Dr. Björn Hansen und promoviert zum Thema „Polnisch im Sprachkontakt. Beschreibung und empirische Analyse zu Entlehnungshierarchien und Spracherosion in Bezug auf die Kategorie Modus“.

Bernhard Fuchs M.A.: 2005 bis 2011 Studium der Geschichte, der Politikwissenschaft und der Tschechischen Sprache an der Universität Regensburg. Schwerpunkte: Bayerische Landesgeschichte und bayerisch-böhmische Geschichte. 2010 bis 2013 Studium der Internationalen Volkswirtschaft mit Ausrichtung auf Mittel- und Osteuropa an den Universitäten Regensburg und Budapest. Zwischen 2009 und 2014 SHK/WHK an der Staatlichen Bibliothek Regensburg, 2013 Mitarbeit an bayerisch-tschechischem Archivprojekt im Staatsarchiv Amberg. Mehrere Publikationen zur Geschichte der Stadt Regensburg und der nördlichen Oberpfalz sowie Beteiligung an einigen Editionsprojekten.

Tobias Gräf: Student der Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie im 6. Fachsemester an der Universität Regensburg. Seit SS 2013 Studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Bayerische Landesgeschichte; im Rahmen einer Forschungskooperation im Stadtarchiv Regensburg tätig.

Martina Grüner: Studierte von 2007 bis 2011 Germanistik und Geschichte an der Universität Regensburg und absolvierte im Anschluss ihr Referendariat für das Lehramt an Gymnasien in Straubing und Weiden. Nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes im Jahr 2013 erfolgte eine nachträgliche Erweiterung um das Fach Sozialkunde.

Robert Kędzierski: Studierte Geschichtswissenschaften an der Universität Regensburg, seit 2013 Promotion am Lehrstuhl für Geschichte Südost- und Osteuropas an der Universität Regensburg im Thema „Die Geschichte des Fürstentums Krotoszyn unter der Herrschaft von Thurn und Taxis.“

Raffael Parzefall: Studium der Fächer Deutsch, Geschichte und Deutsch als Zweitsprache für das Lehramt an Gymnasien an der Universität Regensburg mit Abschluss Staatsexamen. Von 2010 bis 2013 Studentische Hilfskraft und seit 4/2013 Wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl für Bayerische Landesgeschichte, aktuell im Rahmen einer Forschungskooperation als Projektleiter im Stadtarchiv Regensburg tätig. Derzeit Promotion bei PD Dr. Natali Stegmann am Lehrstuhl für Geschichte Südost-

und Osteuropas über „Die Tschechoslowakische Bodenreform und das Haus Thurn und Taxis“ und kooperative Lehrtätigkeit an der Universität Regensburg. Stipendiat der Fürstlichen Franz-Marie-Christinen-Stiftung des Hauses Thurn und Taxis.

Kathrin Pindl M.A.: Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Französischen Philologie, 2008 bis 2013 an der Universität Regensburg mit Masterabschluss. SHK/WHK im Spitalarchiv Regensburg und an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster sowie seit Oktober 2013 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Regensburg (interdisziplinäres Projekt: „Der Weg aus der Armut im Spiegel der Bürokratie“; Lehre). Arbeitstitel des Dissertationsvorhabens: „Löhne, Preise und Lebensstandard in der Vormoderne. Die Rechnungsbuchüberlieferung des Regensburger Katharinenspitals ab 1354“, betreut durch Prof. Dr. Mark Spoerer.

Sebastian Pößniker: Student der Geschichte, Germanistik, Latinistik und Politikwissenschaft. Seit 2011 Studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Bayerische Landesgeschichte; im Rahmen einer Forschungskooperation im Stadtarchiv Regensburg tätig.

Dr. Roman Smolorz: Lehrbeauftragter an den Lehrstühlen Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Geschichte Südost- und Osteuropas an der Universität Regensburg.

Dr. Heinrich Wanderwitz: Archivdirektor, Leiter des Amtes für Archiv und Denkmalpflege der Stadt Regensburg.

Quirin Würfl: Nach dem Abitur in Passau seit 2009 Studium des Lehramts für Gymnasien mit den Fächern Latein, Geschichte, Sozialkunde an der Universität Regensburg. Von 2012 bis 2014 studentische Hilfskraft an der Staatlichen Bibliothek Regensburg.

Konrad Zrenner: Von 2008 bis 2011 Bachelor-Studium der Geschichte, Wissenschaftsgeschichte, Interkulturellen Studien und Informationskompetenz an der Universität Regensburg. Seit 2011 Studium der Geschichte im Masterstudiengang an der Universität Regensburg, derzeit Anfertigung einer Master-Arbeit zum Thema „Die Spiegelglasschleif- und Polierwerke in der südlichen Oberpfalz“. Als Studentische Hilfskraft im Universitätsarchiv im Jahr 2010 und von 2011 bis 2012 in dem interdisziplinären DFG-Projekt „Quellen der Volksmusikforschung“ der Universitätsbibliothek Regensburg tätig. Von 2011-2012 als Studentische, ab 2012 als Wissenschaftliche Hilfskraft in der Staatlichen Bibliothek Regensburg für die Bearbeitung und Erschließung von Nachlässen verantwortlich.

Programm der Exkursion 2014

im Rahmen der Übung (Vorlesungsverzeichnis SS 2014 /Nr.: 33190):
Deutsche Wirtschafts- und Sozialordnung im Baltikum. Die Quellen zur hanseatischen Geschichte im heutigen Polen (12.-17. Jh.)

So, 15. Juni 2014

Abfahrt vom Stadtarchiv Regensburg zum Flughafen München ca. 17.30 Uhr
Abflug in München 19.20 Uhr (LH1646)
Landung in Danzig 20.50 Uhr (Transfer ins Hotel) ca. 22.00 Uhr

Mo, 16. Juni 2014

Besuch im Staatsarchiv Danzig 9.00 – 11.00 Uhr
Lunch 11.30 – 12.15 Uhr
Besuch im Archiv des IPN Danzig 12:30 – 14.30 Uhr
Besichtigung des Rathauses und des Stadtmuseums Danzig 15.00 – 17.00 Uhr

Di, 17. Juni 2014

Bustransfer nach Marienburg 08.00 – 9.30 Uhr
Besuch im Staatsarchiv Elbing in der Marienburg 10.00 – 12.00 Uhr
Mittagessen 12.00 – 13.00 Uhr
Besichtigung der Marienburg mit Führung 14.00 – 16.00 Uhr
Rückfahrt nach Danzig 16:30 – 18:00 Uhr

Mi, 18. Juni 2014

Besuch im Erzbischöflichen Archiv Danzig 9.00 – 11.00 Uhr
Besichtigung der Marienbasilika in Danzig 11.30 – 12.30 Uhr
Mittagessen 12.45 – 13.45 Uhr
Zeit zur freien Verfügung 13.45 – 15.00 Uhr
Abfahrt zum Flughafen Danzig 15.00 Uhr
Abflug nach München 16.45 Uhr (LH1645)
Landung in München 18.20 Uhr (Transfer nach Regensburg, Ankunft ca. 19.30 Uhr in der Keplerstraße 1)

Vorbereitung auf die Exkursion im Stadtarchiv Regensburg und im Herrschaftsarchiv des Grafen von Seinsheim in Sünching

- | | |
|--|--|
| 09. April 2014
(s.t. 14.00 – 16.00 Uhr) | • Ziele und Programm der Übung
(Dr. Roman Smolorz) |
| 14. Mai 2014
(s.t. 10.00 – 12.00 Uhr) | • Besuch im Herrschaftsarchiv des Grafen von Seinsheim in Sünching
(Reinhard Huber M.A., Schlossarchivar) |
| 4. Juni 2014
(s.t. 16.00 – 18.00 Uhr) | • Archivkunde und archivalische Internetressourcen zur mittelalterlichen Geschichte
(Dr. Heinrich Wanderwitz) |
| 11. Juni 2014
(s.t. 16.00 – 18.00 Uhr) | • Die polnische Archivlandschaft, das polnische Archivgesetz und Online-Datenbanken der Generaldirektion der Polnischen Archive
(Dr. Roman Smolorz) |
| 2. Juli 2014
(s.t. 16.00 – 18.00 Uhr) | • Besprechung der Klausurtexte |

Bildnachweis

Alle im Heft abgedruckten Bilder wurden von den Teilnehmern des Archivkurses gemacht. Das Publikationsrecht für diese Bilder wurde an die Redaktion abgetreten.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Archivkurses 2014 am Flughafen von Danzig am 18. Juni 2014

Impressum

Der Archivkurs des Sommersemesters 2014.
Deutsche Wirtschafts- und Sozialordnung im Baltikum. Die Quellen
zur hanseatischen Geschichte im heutigen Polen (12.-17. Jh.)

Herausgeber:
Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Regensburg

Redaktion:
© Raffael Parzefall, Roman Smolorz

Druck und Bindung:
Stadtarchiv Regensburg

Regensburg 2014